

BERICHT

über

die Prüfung
des Lageberichts und des Jahresabschlusses

für das Wirtschaftsjahr
vom 1. Januar 2024
bis zum 31. Dezember 2024

des

**Abwasserzweckverband
"Oberes Zschopau- und Sehmatal"**

Thermalbad Wiesenbad OT Schönfeld

DONAT WP GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

BERICHT

über

die Prüfung
des Lageberichts und des Jahresabschlusses

für das Wirtschaftsjahr
vom 1. Januar 2024
bis zum 31. Dezember 2024

des

Abwasserzweckverband

"Oberes Zschopau- und Sehmatal"

Thermalbad Wiesenbad OT Schönfeld

INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
ANLAGENVERZEICHNIS	3
ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS	4
A. PRÜFUNGSauftrag	5
B. GRUNDSÄTZLICHE FESTSTELLUNGEN	7
I. Stellungnahme zur Lagebeurteilung durch die Geschäftsführung	7
II. Wichtige Veränderung bei den rechtlichen und wirtschaftlichen Verhältnissen	10
C. GEGENSTAND, ART UND UMFANG DER PRÜFUNG	12
D. FESTSTELLUNGEN UND ERLÄUTERUNGEN ZUR RECHNUNGSLEGUNG	15
I. Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung	15
1. Buchführung und weitere geprüfte Unterlagen	15
2. Jahresabschluss	15
3. Lagebericht	16
II. Gesamtaussage des Jahresabschlusses	17
1. Feststellungen zur Gesamtaussage des Jahresabschlusses	17
2. Wesentliche Bewertungsgrundlagen und deren Änderungen sowie sachverhaltsgestaltende Maßnahmen	17
III. Analyse der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage	18
1. Fünfjahresvergleich	19
2. Vermögenslage (Bilanz)	20
3. Finanzlage (Kapitalflussrechnung)	24
4. Ertragslage (Gewinn- und Verlustrechnung)	26
E. FESTSTELLUNGEN AUS ERWEITERUNGEN DES PRÜFUNGSauftrags NACH § 53 HGRG	28
F. WIEDERGABE DES BESTÄTIGUNGSVERMERKS UND SCHLUSSBEMERKUNG	29

ANLAGENVERZEICHNIS

- Anlage I Lagebericht für das Wirtschaftsjahr 2024
- Anlage II Jahresabschluss für das Wirtschaftsjahr vom 1. Januar 2024
bis 31. Dezember 2024
- Bilanz zum 31. Dezember 2024
- Gewinn- und Verlustrechnung für das Wirtschaftsjahr 2024
- Anhang für das Wirtschaftsjahr 2024
- Anlagenspiegel
- Anlage III Rechtliche und wirtschaftliche Verhältnisse
- Rechtliche Verhältnisse
- Wirtschaftliche Verhältnisse
- Anlage IV Aufgliederungen und Erläuterungen der Posten des Jahresabschlusses
zum 31. Dezember 2024
- Anlage V Fragenkatalog zur Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäfts-
führung und der wirtschaftlichen Verhältnisse nach § 53 HGrG
- Allgemeine Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüferinnen, Wirtschaftsprüfer
und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften vom 1. Januar 2024

ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

AbfKlärV	Klärschlammverordnung
AbwAG	Abwasserabgabengesetz
AktG	Aktiengesetz
BilRUG	Bilanzrichtlinie-Umsetzungsgesetz
DRS	Deutscher Rechnungslegungsstandard
ETW	Erzgebirge Trinkwasser GmbH "ETW"
GmbHG	Gesetz betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung
HFA	Hauptfachausschuss des IDW
HGB	Handelsgesetzbuch
HGrG	Haushaltsgrundsätzegesetz
IDW	Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e.V., Düsseldorf
IDW PS 400	IDW Prüfungsstandard: „Grundsätze für die ordnungsmäßige Erteilung von Bestätigungsvermerken bei Abschlussprüfungen“
IDW PS 450	IDW Prüfungsstandard: „Grundsätze ordnungsmäßiger Berichterstattung bei Abschlussprüfungen“
IDW PS 720	IDW Prüfungsstandard: „Berichterstattung über die Erweiterung der Abschlussprüfung nach § 53 HGrG“
IKS	Internes Kontrollsystem
JA	Jahresabschluss
KA	Kläranlage
LB	Lagebericht
MSR-Technik	Mess-, Steuerungs- und Regelungstechnik
OT	Ortsteil
PH	Prüfungshinweis des IDW
PS	Prüfungsstandard des IDW
SMEKUL	Sächsisches Staatsministerium für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft
TEUR	Tausend Euro
WHG	Gesetz zur Ordnung des Wasserhaushaltes
ZKA	Zentrale Kläranlage

A. PRÜFUNGSAUFTTRAG

Von der Verbandsversammlung des

**Abwasserzweckverband "Oberes Zschopau- und Sehmatal",
Thermalbad Wiesenbad OT Schönfeld**

- im Folgenden auch kurz „AZV“ oder „Zweckverband“ genannt -

wurden wir am 13. November 2024 zum Abschlussprüfer für das Wirtschaftsjahr vom 1. Januar 2024 bis zum 31. Dezember 2024 gewählt. Daraufhin beauftragte uns der Geschäftsführer, Herr Jörg Walther, den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2024 unter Einbeziehung der zugrunde liegenden Buchführung und den Lagebericht für das Wirtschaftsjahr 2024 des Zweckverbandes nach den berufsüblichen Grundsätzen sowie den Bestimmungen des § 58 Abs. 2 Sächsisches Gesetz über kommunale Zusammenarbeit (SächsKomZG) und § 32 Abs. 1 Sächsische Eigenbetriebsverordnung (SächsEigBVO) zu prüfen.

Bei unserer Prüfung waren auftragsgemäß auch die Vorschriften des § 53 Abs. 1 Nr. 1 und 2 HGrG zu beachten.

Der vorliegende Prüfungsbericht ist an das geprüfte Unternehmen gerichtet.

Wir bestätigen gemäß § 321 Abs. 4a HGB, dass wir bei unserer Abschlussprüfung die anwendbaren Vorschriften zur Unabhängigkeit beachtet haben.

Über Art und Umfang sowie über das Ergebnis unserer Prüfung erstatten wir den nachfolgenden Bericht, der nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Berichterstattung bei Abschlussprüfungen (IDW PS 450) erstellt wurde.

Der Bericht enthält in Abschnitt B. vorweg unsere Stellungnahme zur Lagebeurteilung durch die Geschäftsführung.

Die Prüfungsdurchführung und die Prüfungsergebnisse sind in den Abschnitten C. und D. im Einzelnen dargestellt. Der Abschnitt D. III. enthält eine Erläuterung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Zweckverbandes.

Der Abschnitt E. enthält unsere Stellungnahme aus der Erweiterung des Prüfungsauftrags zur Prüfung nach § 53 HGrG.

Der aufgrund der Prüfung erteilte uneingeschränkte Bestätigungsvermerk wird in Abschnitt F. wiedergegeben.

Unserem Bericht haben wir den geprüften Jahresabschluss (Anlage II), bestehend aus der Bilanz, der Gewinn- und Verlustrechnung und dem Anhang, sowie den geprüften Lagebericht (Anlage I) beigelegt.

Die rechtlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse haben wir in der Anlage III dargestellt. Weitergehende Aufgliederungen und Erläuterungen der Posten der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung ergeben sich aus Anlage IV.

In Anlage V haben wir den Fragenkatalog zur Prüfung nach § 53 HGrG dargestellt.

Für die Durchführung des Auftrags und unsere Verantwortlichkeit, auch im Verhältnis zu Dritten, liegen die vereinbarten und diesem Bericht als Anlage beigelegten „Allgemeine Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüferinnen, Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften vom 1. Januar 2024“ zugrunde.

B. GRUNDSÄTZLICHE FESTSTELLUNGEN

I. Stellungnahme zur Lagebeurteilung durch die Geschäftsführung

Die Geschäftsführung hat im Lagebericht (Anlage I) und im Jahresabschluss (Anlage II) die wirtschaftliche Lage des Zweckverbandes beurteilt.

Gemäß § 321 Abs. 1 Satz 2 HGB nehmen wir als Abschlussprüfer mit den anschließenden Ausführungen vorweg zur Lagebeurteilung durch die Geschäftsführung im Jahresabschluss und im Lagebericht Stellung. Unsere Stellungnahme geben wir aufgrund unserer eigenen Beurteilung der Lage des Zweckverbandes ab, die wir im Rahmen unserer Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts gewonnen haben.

Folgende Kernaussagen im Lagebericht sind hervorzuheben:

Der Zweckverband schließt das Wirtschaftsjahr 2024 mit einem Jahresgewinn in Höhe von TEUR 1.618 (Vj.: TEUR 1.284) und liegt damit über dem geplanten Gewinn von TEUR 1.561.

Die Umsatzerlöse sind im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 1.576 auf TEUR 10.307 (Vj.: TEUR 8.731) gestiegen. Dies ist im Wesentlichen auf den zum 1. Januar 2024 stattgefundenen Beitritt der Stadt Jöhstadt zum Zweckverband sowie auf die entsprechend der Kalkulation für den Kalkulationszeitraum 2024 / 2025 gestiegenen Gebühren zurückzuführen. Die Umsätze aus Abwassergebühren (TEUR 8.519; Vj.: TEUR 7.358) sind gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Ebenso ist die Abwassermenge mit Tm³ 1.500 (einschließlich Jöhstadt; ohne Jöhstadt Tm³ 1.469) gegenüber dem Vorjahr (Vj.: Tm³ 1.442) gestiegen.

Der Materialaufwand stieg aufgrund von Kostensteigerungen bei den Bereichen Energie, Reinigungsarbeiten, Fäkalschlammanlieferung und Fremdleistungen für Entsorgungen um insgesamt TEUR 99 auf TEUR 1.695.

Der Personalaufwand erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr im Wesentlichen tarifbedingt um TEUR 100 auf TEUR 1.841.

Im Berichtsjahr waren Abschreibungen in Höhe von TEUR 3.763 (Vj.: TEUR 3.488) zu verzeichnen. Die Auflösung des Sonderpostens sowie der empfangenen Ertragszuschüsse beträgt insgesamt TEUR 2.143 (Vj.: TEUR 2.026).

Im Wirtschaftsjahr 2024 wurden Investitionen in Höhe von TEUR 12.042 umgesetzt. Darin enthalten sind mit TEUR 3.846 die Übernahme der Wirtschaftsgüter aus dem Beitritt der Stadt Jöhstadt. Schwerpunkte der Investitionen waren die weitere Umsetzung des Investitionsvorhabens 4. Ausbaustufe ZKA Schönfeld und verschiedener größerer Kanalertüchtigungsmaßnahmen (u. a. Erschließung Gewerbestandort Alte Poststraße, BA G103, Bruno-Matthes-Straße B101 BA G 78). Die Maßnahmen wirken in die Folgejahre fort und sind unter den Anlagen im Bau bilanziert.

Die Investitionsmaßnahmen werden mit wesentlichen Fördermittelbeiträgen und Krediten finanziert.

Hinzuweisen ist auf die weitere erhebliche Investitionstätigkeit in Folgejahren. So beträgt das Investitionsbudget allein für 2025 TEUR 12.833.

Die betriebswirtschaftliche Eigenkapitalquote hat sich gegenüber dem Vorjahr von 73,6 % auf 75,8 % erhöht.

Zur voraussichtlichen Entwicklung und zu den Risiken der künftigen Entwicklung des Zweckverbandes bemerkt der Geschäftsführer Folgendes:

Mit Abschluss der Baumaßnahme zentrale abwassertechnische Erschließung des Ortsteils Walthersdorf ist das Abwasserbeseitigungskonzept des Zweckverbandes vollständig umgesetzt. Zukünftig stellen neben verschiedenen Kanalertüchtigungsmaßnahmen der Ausbau der Regenwasserableitung, die weitere Vorbereitung und Umsetzung des Investitionsvorhabens 4. Ausbaustufe ZKA Schönfeld sowie die Anpassung vorhandener Mischwassereinleitungen an den Stand der Technik die wesentlichen Schwerpunkte der geplanten Investitionen in den nächsten Jahren dar.

Als Risiko wird die voraussichtlich weiter zurückgehende Bevölkerungszahl und der sich damit reduzierende Abwasseranfall eingeschätzt.

Um einer Steigerung der Abwassergebühren entgegenzuwirken, hat permanentes Generieren von Einsparpotenzialen, die Nutzung von Synergieeffekten bzw. das Ausschöpfen aller zur Verfügung stehenden Fördermittel nach wie vor hohe Priorität.

Risiken im technischen Bereich ergeben sich sowohl aus Ausfällen im technischen Anlagenbestand, Havarien bzw. Störungen durch Dritte als auch aus der möglichen Beeinträchtigung durch Naturereignisse.

Finanzielle Risiken sind zum Beispiel im wirtschaftlichen Ausfall gewerblicher Anschlussnehmer vorhanden, wobei auf bedeutsame Großabnehmer besonders hinzuweisen ist. Auch in einer möglichen Änderung der Kapitalmarktsituation werden Risiken gesehen, da selbige mit einem erheblichen Einfluss auf das vorhandene Darlehensportfolio verbunden ist. Infolge der durch die Inflation bedingten Zinswende wird mit einem Anstieg der Finanzierungskosten gerechnet.

Die Inflation und die daraus folgende Tarifentwicklung wird zudem einen deutlich höheren Personalaufwand mit sich bringen.

Die Änderung von Förderbedingungen wird als weiteres Risiko eingeschätzt. Sofern für maßgebliche Investitionsmaßnahmen Zuschüsse im wesentlichen Umfang wegfallen, ergeben sich Auswirkungen auf mögliche Investitionsumfänge und auch auf die zu kalkulierenden Gebühren.

Auch der seit März 2022 herrschende Krieg in der Ukraine hat wesentliche Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage. Es wird von erheblichen Kostensteigerungen in den Bereichen Energiebezug, Rohstoffe, aber auch im Bereich der Baukosten ausgegangen, was im Hinblick auf die aktuell sehr hohe Investitionstätigkeit von sehr großer Bedeutung ist.

Die Aufrechterhaltung einer kontinuierlichen Verwertung des anfallenden Klärschlammes ist als weiteres Risiko zu benennen.

Der Verband weist weiter auf die Risiken hin, welche sich aus dem Einsatz von Informationstechnologien ergeben. Cyberangriffe, Systemausfälle, Datenverluste, Datenschutzverletzungen, aber auch technologische Veränderungen können bedeutsame wirtschaftliche Folgen auf den operativen Geschäftsbetrieb, die Reputation und die Kundenbeziehungen haben. Nicht auszuschließen sind auch haftungsrechtliche Konsequenzen.

Risiken, die den Bestand des Verbandes gefährden oder deren Entwicklung wesentlich beeinträchtigen könnten, können aktuell vom Geschäftsführer nicht vollumfänglich ausgeschlossen werden, sind aber derzeit nicht konkretisiert. Es erfolgt eine kontinuierliche Sichtung und Bewer-

tung sämtlicher wirtschaftlicher Entwicklungen im Verbandsgebiet bzw. darüber hinaus auf deren Basis Entscheidungen zum Erhalt der Stabilität des Verbandes zu treffen sind.

Nach dem Ergebnis unserer Prüfung und den dabei gewonnenen Erkenntnissen ist die Beurteilung der Lage des Zweckverbandes einschließlich der dargestellten Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung plausibel und folgerichtig abgeleitet. Die Lagebeurteilung der Geschäftsführung ist dem Umfang nach angemessen und inhaltlich zutreffend.

II. Wichtige Veränderung bei den rechtlichen und wirtschaftlichen Verhältnissen

Auf folgenden Sachverhalt möchten wir besonders hinweisen:

Die Verbandsversammlung hat am 20. September 2023 dem Abschluss des Vertrages zur Übertragung der Aufgabe und der Anlagen der öffentlichen Abwasserbeseitigung in der Stadt Jöhstadt auf den Abwasserzweckverband "Oberes Zschopau- und Sehmatal" und damit dem Beitritt der Stadt Jöhstadt zum AZV sowie der Übernahme der Aufgabe der öffentlichen Abwasserbeseitigung gemäß § 50 SächsWG zugestimmt.

Die öffentliche Abwasserbeseitigung wurde im Gebiet der Stadt Jöhstadt bis zum 31. Dezember 2023 durch die Stadt selbst betrieben.

Der Beitritt der Stadt Jöhstadt wurde zum 1. Januar 2024 vollzogen. Entsprechend Abschnitt II des Vertrages zur Übertragung der Aufgabe und der Anlagen der öffentlichen Abwasserbeseitigung in der Stadt Jöhstadt auf den Abwasserzweckverband "Oberes Zschopau- und Sehmatal" überträgt die Stadt Jöhstadt das Eigentum und sämtliche zu ihren Gunsten bestehenden Rechte an den ihr gehörenden sowie von ihr unterhaltenen öffentlichen Abwasseranlagen (gesamtes Anlagen-Netz) an den AZV. Sämtliche Vermögensgegenstände sowie sonstige Passiva wurden zum 1. Januar 2024 übernommen. Die Übertragung erfolgte zu Buchwerten.

Bei den übernommenen Vermögensgegenständen des Anlagevermögens (TEUR 3.846) erfolgte eine Anpassung der Restnutzungsdauern an die betriebsgewöhnlichen Abschreibungszeiträume des AZV. Analog wurden die Auflösungszeiträume der korrespondierenden Sonderposten (TEUR 1.838) angepasst.

Weiterhin erfolgte die Übernahme von Beiträgen in Höhe von TEUR 1.341 zur Kapitalrücklage. Diese wurden zum Buchwert übernommen.

Der Residualwert aus der Übernahme von Vermögen, Fördermitteln und Beiträgen wurde in die Kapitalrücklage eingestellt (TEUR 667).

Im Zuge der Übernahme wurden Grundstücke auf dem Gebiet der Stadt Jöhstadt, die im Zusammenhang mit dem Abwasserbetrieb stehen, in Höhe von TEUR 34 im Vermögen des Verbandes erfasst. Der rechtliche Eigentumsübergang (Grundbucheintragung) ist zum Bilanzstichtag vollzogen.

Zudem wurden Grunddienstbarkeiten in Höhe von TEUR 0,1 im Anlagevermögen des AZV berücksichtigt. Diese sind im Wesentlichen im entsprechenden Grundbuch eingetragen. In 2025 kommen hier nach abschließender Prüfung, Aufarbeitung und Grundbucheintragung weitere TEUR 0,7 hinzu.

C. GEGENSTAND, ART UND UMFANG DER PRÜFUNG

Gegenstand unserer Prüfung waren die Buchführung, der Jahresabschluss, bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang, zum 31. Dezember 2024 (Anlage II) und der Lagebericht für das Wirtschaftsjahr 2024 (Anlage I) des Zweckverbandes sowie die Einhaltung der einschlägigen gesetzlichen Vorschriften zur Rechnungslegung und der sie ergänzenden kommunalrechtlichen Vorschriften. Der Prüfungsauftrag wurde um die Prüfung nach § 53 HGrG erweitert.

Der gesetzliche Vertreter des Zweckverbandes ist für die Rechnungslegung, die dazu eingerichteten internen Kontrollen und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht sowie die uns gemachten Angaben verantwortlich. Unsere Aufgabe ist es, die vom gesetzlichen Vertreter vorgelegten Unterlagen und die gemachten Angaben im Rahmen unserer pflichtgemäßen Prüfung zu beurteilen.

Bei der Durchführung unserer Jahresabschlussprüfung haben wir die Vorschriften der §§ 316 ff. HGB und die vom IDW festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung beachtet. Danach haben wir unsere Prüfung problemorientiert - jedoch ohne spezielle Ausrichtung auf eine Unterschlagungsprüfung - so angelegt, dass Unrichtigkeiten und Verstöße gegen die gesetzlichen Vorschriften, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und des durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Zweckverbandes wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden.

Unsere Prüfung hat sich nicht darauf erstreckt, ob der Fortbestand des Unternehmens oder die Wirksamkeit der Geschäftsführung zugesichert werden kann.

Die Prüfungsarbeiten haben wir - mit Unterbrechungen - im Juni und Juli 2025 durchgeführt. Anschließend erfolgte die Fertigstellung des Prüfungsberichts.

Ausgangspunkt unserer Prüfung war der von uns geprüfte, mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehene und von der Verbandsversammlung am 13. November 2024 unverändert festgestellte Jahresabschluss zum 31. Dezember 2023.

Der Prüfung lag eine Planung der Prüfungsschwerpunkte unter Berücksichtigung unserer vorläufigen Lageeinschätzung des Zweckverbandes und eine Einschätzung der Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems (IKS) zugrunde (risikoorientierter Prüfungsansatz). Die Einschätzung basierte insbesondere auf Erkenntnissen über die rechtlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen.

Aus den im Rahmen der Prüfungsplanung festgestellten Risikobereichen ergaben sich folgende Prüfungsschwerpunkte:

- Bewertung und Entwicklung des Anlagevermögens einschließlich dessen Finanzierung
- Umsatzerlöse und deren periodengerechte Abgrenzung
- Vollständigkeit und Bewertung der Rückstellungen
- betriebliche Aufwendungen und deren periodengerechte Abgrenzung

Ausgehend von einer vorläufigen Beurteilung des IKS haben wir bei der Festlegung der weiteren Prüfungshandlungen die Grundsätze der Wesentlichkeit und der Wirtschaftlichkeit beachtet. Sowohl die analytischen Prüfungshandlungen als auch die Einzelfallprüfungen wurden daher nach Art und Umfang unter Berücksichtigung der Bedeutung der Prüfungsgebiete und der Organisation des Rechnungswesens in entsprechender Auswahl durchgeführt. Die Auswahl erfolgte derart, dass sie der wirtschaftlichen Bedeutung der einzelnen Posten des Jahresabschlusses Rechnung tragen und es ermöglichen, die Einhaltung der gesetzlichen Rechnungslegungsvorschriften ausreichend zu prüfen.

Zur Prüfung des Nachweises der Vermögens- und Schuldposten haben wir u. a. Saldenbestätigungen bzw. -mitteilungen und Auskünfte Dritter in Stichproben von Kunden und Lieferanten sowie von den für den Zweckverband tätigen Rechtsanwälten und Kreditinstituten eingeholt.

Den Lagebericht haben wir darauf geprüft, ob er mit dem Jahresabschluss und den bei unserer Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht und ob er insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Zweckverbandes vermittelt; dabei haben wir auch geprüft, ob die Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung zutreffend dargestellt sind. Die Prüfung hat sich auch darauf erstreckt, ob die gesetzlichen Vorschriften zur Aufstellung des Lageberichts beachtet worden sind.

Die Prüfung gemäß § 53 HGrG erfolgt unter Zugrundelegung des Fragenkataloges des IDW PS 720.

Als Prüfungsunterlagen dienten uns die Buchhaltungsunterlagen, die Belege, Bestätigungen der Kreditinstitute sowie das Akten- und Schriftgut des Zweckverbandes.

Art, Umfang und Ergebnis der im Einzelnen durchgeführten Prüfungshandlungen sind in unseren Arbeitspapieren festgehalten.

Alle von uns erbetenen Auskünfte, Aufklärungen und Nachweise sind uns von der Geschäftsführung und den zur Auskunft benannten Mitarbeitern bereitwillig erbracht worden.

Ergänzend hierzu hat uns die Geschäftsführung in der berufsblichen Vollständigkeitserklärung schriftlich bestätigt, dass in der Buchführung und in dem zu prüfenden Jahresabschluss alle bilanzierungspflichtigen Vermögenswerte, Verpflichtungen, Wagnisse und Abgrenzungen berücksichtigt, sämtliche Aufwendungen und Erträge enthalten, alle erforderlichen Angaben gemacht und uns alle bestehenden Haftungsverhältnisse bekannt gegeben worden sind.

In der Erklärung wird auch versichert, dass der Lagebericht hinsichtlich erwarteter Entwicklungen alle für die Beurteilung der Lage des Zweckverbandes wesentlichen Gesichtspunkte sowie die nach § 289 HGB erforderlichen Angaben enthält.

D. FESTSTELLUNGEN UND ERLÄUTERUNGEN ZUR RECHNUNGSLEGUNG

I. Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung

1. Buchführung und weitere geprüfte Unterlagen

Das Rechnungswesen (Finanz- und Anlagenbuchhaltung) des Zweckverbandes erfolgt auf einer eigenen EDV-Anlage unter Verwendung des Programms Kanzlei-Rechnungswesen pro der Firma DATEV eG, Nürnberg. Die Softwarebescheinigung für das Programm liegt vor.

Die Organisation der Buchführung und das rechnungslegungsbezogene interne Kontrollsystem ermöglichen die vollständige, richtige, zeitgerechte und geordnete Erfassung und Buchung der Geschäftsvorfälle. Der Kontenplan ist ausreichend gegliedert, das Belegwesen ist klar und übersichtlich geordnet. Die Bücher wurden zutreffend mit den Zahlen der geprüften Vorjahresbilanz eröffnet und insgesamt während des gesamten Wirtschaftsjahres ordnungsgemäß geführt.

Die Informationen, die aus den weiteren geprüften Unterlagen entnommen wurden, führen zu einer ordnungsgemäßen Abbildung in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht.

Insgesamt lässt sich feststellen, dass die Buchführung und die weiteren geprüften Unterlagen (einschließlich Belegwesen, internes Kontrollsystem, Kostenrechnung und Planungsrechnungen) nach unseren Feststellungen den gesetzlichen Vorschriften einschließlich der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und den ergänzenden Bestimmungen des Zweckverbandes entsprechen.

2. Jahresabschluss

Der von uns geprüfte Jahresabschluss für das Wirtschaftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2024 ist diesem Bericht als Anlage II beigelegt.

Der Jahresabschluss umfasst gemäß § 31 Abs. 1 SächsEigBVO die Bilanz, die Gewinn- und Verlustrechnung sowie den Anhang. Soweit sich aus den Vorschriften der SächsEigBVO nichts anderes ergibt, finden auf den Jahresabschluss der Eigenbetriebe die Vorschriften des Dritten Buches des Handelsgesetzbuches für große Kapitalgesellschaften Anwendung.

Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung sind ordnungsgemäß aus der Buchführung und den weiteren geprüften Unterlagen abgeleitet. Die Eröffnungsbilanzwerte wurden ordnungsgemäß aus dem Vorjahresabschluss übernommen. Die Gliederung der Bilanz (Anlage II, Seite 1) erfolgt nach dem Schema des § 266 Abs. 2 und 3 HGB. Die Gewinn- und Verlustrechnung (Anlage II, Seite 2) wurde nach dem Gesamtkostenverfahren gemäß § 275 Abs. 2 HGB aufgestellt.

Soweit in der Bilanz oder in der Gewinn- und Verlustrechnung Darstellungswahlrechte bestehen, erfolgen die entsprechenden Angaben weitgehend im Anhang.

In dem von dem Zweckverband aufgestellten Anhang (Anlage II, Seite 3 ff.) sind die auf die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden ausreichend erläutert. Alle gesetzlich geforderten Einzelangaben sowie die wahlweise in den Anhang übernommenen Angaben zur Bilanz sowie zur Gewinn- und Verlustrechnung sind vollständig und zutreffend dargestellt.

Die Schutzklausel des § 286 Abs. 4 HGB ist bezüglich der Angaben der Gesamtbezüge der Geschäftsführung im Anhang zu Recht in Anspruch genommen worden.

Der Jahresabschluss entspricht damit nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse den gesetzlichen Vorschriften einschließlich der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und den ergänzenden Bestimmungen der Verbandssatzung.

3. Lagebericht

Der von uns geprüfte Lagebericht für das Wirtschaftsjahr 2024 ist diesem Bericht als Anlage I beigelegt.

Nach dem Ergebnis unserer Prüfung entspricht der Lagebericht in allen wesentlichen Belangen den deutschen gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen des Zweckverbandes.

Ferner hat die Prüfung ergeben, dass die wesentlichen Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung zutreffend im Lagebericht dargestellt sind und dass die Angaben nach § 15 SächsEigBVO sowie nach § 289 Abs. 2 HGB vollständig und zutreffend sind.

II. Gesamtaussage des Jahresabschlusses

1. Feststellungen zur Gesamtaussage des Jahresabschlusses

Unsere Prüfung hat ergeben, dass der Jahresabschluss insgesamt, d. h. als Gesamtaussage des Jahresabschlusses - wie sie sich aus dem Zusammenwirken von Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung und Anhang ergibt - unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Zweckverbandes vermittelt (§ 264 Abs. 2 HGB).

Im Übrigen verweisen wir hierzu auf die unter Abschnitt III. nachfolgende analysierende Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage sowie auf die weitergehenden Aufgliederungen und Erläuterungen der Posten des Jahresabschlusses in Anlage IV.

2. Wesentliche Bewertungsgrundlagen und deren Änderungen sowie sachverhaltsgestaltende Maßnahmen

Die wesentlichen Grundlagen der Bilanzierung und Bewertung sind im Anhang des Jahresabschlusses (Anlage II, Seite 3 ff.) ausreichend dargestellt und erläutert.

Wir haben bei unserer Prüfung festgestellt, dass Änderungen von Bewertungsgrundlagen einschließlich der Ausübung von Ermessensspielräumen sowie sachverhaltsgestaltende Maßnahmen mit wesentlichem Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Zweckverbandes nicht vorliegen.

Ergänzend weisen wir auf folgende Sachverhalte hin:

Rückstellung/Verbindlichkeiten für Kostenüberdeckungen

Der Zweckverband bildet für Überschüsse der Gebühren über die Kosten entweder eine Rückstellung oder eine Verbindlichkeit für Kostenüberdeckung. Die Rückstellungen werden für noch nicht abgeschlossene Kalkulationszeiträume gebildet und entsprechend den Laufzeiten der voraussichtlichen Inanspruchnahmen in den folgenden Jahren bewertet. Für abgeschlossene Kalkulationszeiträume wird gemäß den Verlautbarungen des IDW eine Verbindlichkeit ausgewiesen.

Entsprechend der Nachkalkulation für 2024 ergab sich eine Kostenüberdeckung in Höhe von TEUR 1.735. Da der Kalkulationszeitraum 2024 / 2025 noch nicht abgeschlossen ist, wurde ein abgezinster Betrag in Höhe von TEUR 1.633 als Rückstellung berücksichtigt.

Der Zweckverband weist unter den sonstigen Verbindlichkeiten die Kostenüberdeckung der Kalkulationsperiode 2020 in Höhe von TEUR 155 sowie der Kalkulationsperiode 2021 bis 2023 in Höhe von TEUR 4.320 aus. Die Kostenüberdeckungen wurden im Berichtsjahr anteilig in Höhe von TEUR 1.475 aufgelöst.

Verrechenbare Abwasserabgabe

Der Zweckverband zahlt für das Einleiten von Schmutzwasser eine Abwasserabgabe. Investitionsausgaben für Anlagen, die das Abwasser vorhandener Einleitungen einer Abwasserbehandlungsanlage zuführen, die den Anforderungen des § 60 WHG entspricht oder angepasst wird, können gemäß § 10 Abs. 4 AbwAG mit der Abwasserabgabe verrechnet werden, wenn bei den Einleitungen insgesamt eine Minderung der Schadstofffracht zu erwarten ist. Für die Abwasserabgabe wird bis Vorliegen des Festsetzungsbescheides eine Rückstellung eingestellt. Für verrechenbare Abwasserabgaben wird sodann ein Sonderposten gebildet, der über die Nutzungsdauer des entsprechenden Anlagevermögens aufgelöst wird.

Verbandsbeitritt Stadt Jöhstadt

Im Wirtschaftsjahr 2024 erfolgte der Beitritt der Stadt Jöhstadt zum Verband und damit verbunden die Übernahme der entsprechenden Aktiva und Passiva von der Stadt Jöhstadt. Wir verweisen hierzu auf die unter B. II. gemachten Ausführungen.

III. Analyse der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Zur Analyse der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage haben wir die Posten der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung nach betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten geordnet, wobei sich die Darstellung auf eine kurze Entwicklungsanalyse beschränkt. Die Analyse kann im Rahmen einer Abschlussprüfung nicht auf eine umfassende Beurteilung der wirtschaftlichen Lage des Zweckverbandes ausgerichtet sein. Zur Bewertung der Darstellungen ist der Stichtagsbezug der Daten zu beachten.

1. Fünfjahresvergleich

Im Fünfjahresvergleich lassen sich ausgewählte Eckdaten und Kennzahlen im Überblick wie folgt darstellen:

Wirtschaftsjahr		2020	2021	2022	2023	2024
Umsatzerlöse	TEUR	9.089	8.566	9.186	8.656	10.236
Betriebsleistung	TEUR	9.274	8.768	9.400	8.876	10.459
Materialaufwandsquote	%	18,9	19,7	17,6	17,0	15,4
Personalaufwandsquote	%	16,4	18,4	17,3	19,6	17,6
Abschreibungen	TEUR	-3.371	-3.456	-3.483	-3.488	-3.763
Durchschnittliche Abschreibungsquote	%	2,0	1,9	1,9	1,9	1,9
Investitionen	TEUR	5.051	7.263	4.649	5.612	12.042
Finanzergebnis	TEUR	-367	-376	-359	-400	-318
Sondereinflüsse	TEUR	39	56	-250	241	-28
Jahresergebnis	TEUR	1.781	1.217	1.322	1.284	1.618
Umsatzrentabilität	%	19,6	14,2	14,4	14,8	15,8
Eigenkapitalrentabilität	%	2,2	1,4	1,5	1,4	1,6
Bilanzstichtag		31.12.2020	31.12.2021	31.12.2022	31.12.2023	31.12.2024
Bilanzsumme	TEUR	115.369	120.104	120.963	124.390	133.350
Anlagevermögen	TEUR	111.029	114.835	115.945	118.068	126.311
Umlaufvermögen mit Rechnungsabgrenzungsposten	TEUR	4.340	5.269	5.018	6.322	7.039
Betriebswirtschaftliches Eigenkapital	TEUR	82.639	84.640	85.649	91.736	101.118
Betriebswirtschaftliche Eigenkapitalquote	%	71,6	70,5	70,9	73,7	75,8
Rückstellungen	TEUR	1.120	2.541	3.959	971	2.624
Verbindlichkeiten mit Rechnungsabgrenzungsposten	TEUR	31.611	32.923	31.355	31.683	29.608
Anlagendeckungsgrad	%	100,6	100,7	99,5	100,9	101,9
Wirtschaftsjahr		2020	2021	2022	2023	2024
Mittelzufluss/-abfluss aus Geschäftstätigkeit	TEUR	2.376	3.290	3.497	2.241	4.651
Investitionstätigkeit	TEUR	-4.334	-6.531	-3.613	-5.611	-8.180
Finanzierungstätigkeit	TEUR	1.470	4.522	211	3.765	4.828
Finanzmittelbestand am Jahresende	TEUR	2.334	3.615	3.710	4.105	5.404

2. Vermögenslage (Bilanz)

In der folgenden Bilanzübersicht sind die Posten zum 31. Dezember 2024 nach wirtschaftlichen und finanziellen Gesichtspunkten zusammengefasst und den entsprechenden Bilanzposten zum 31. Dezember 2023 gegenübergestellt.

Zur Darstellung der Vermögensstruktur werden die Bilanzposten der Aktivseite dem mittel- und langfristig (Bindungsdauer größer als ein Jahr) bzw. dem kurzfristig gebundenen Vermögen zugeordnet.

Zur Darstellung der Kapitalstruktur werden die Bilanzposten der Passivseite dem Eigen- bzw. Fremdkapital zugeordnet, wobei innerhalb des Fremdkapitals eine Zuordnung nach mittel- und langfristiger bzw. kurzfristiger Verfügbarkeit erfolgt. Als kurzfristige Posten werden dabei die Teilbeträge mit einer Fälligkeit von bis zu einem Jahr ausgewiesen.

Die Vermögens- und Kapitalstruktur sowie deren Veränderungen gegenüber dem Vorjahr ergeben sich aus den folgenden Zusammenstellungen der Bilanzzahlen für die beiden Abschlussstichtage 31. Dezember 2024 und 2023:

Vermögensstruktur

	2024		2023		+/-
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR
Immaterielle Vermögensgegenstände	72	0,0	42	0,0	30
Sachanlagen	<u>126.239</u>	<u>94,7</u>	<u>118.026</u>	<u>94,9</u>	<u>8.213</u>
Mittel- und langfristig gebundenes Vermögen	<u>126.311</u>	<u>94,7</u>	<u>118.068</u>	<u>94,9</u>	<u>8.243</u>
Vorräte	56	0,0	53	0,1	3
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	1.310	1,0	1.713	1,4	-403
Forderungen gegen Verbandsmitglieder	238	0,2	137	0,1	101
Sonstige Vermögensgegenstände	0	0,0	282	0,2	-282
Liquide Mittel	5.404	4,1	4.105	3,3	1.299
Rechnungsabgrenzungsposten	<u>31</u>	<u>0,0</u>	<u>32</u>	<u>0,0</u>	<u>-1</u>
Kurzfristig gebundenes Vermögen	<u>7.039</u>	<u>5,3</u>	<u>6.322</u>	<u>5,1</u>	<u>717</u>
	<u>133.350</u>	<u>100,0</u>	<u>124.390</u>	<u>100,0</u>	<u>8.960</u>

Kapitalstruktur

	2024		2023		+/-
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR
Kapitalrücklage	10.640	8,0	8.632	6,9	2.008
Gewinnrücklagen	2.977	2,2	2.977	2,4	0
Gewinnvortrag	16.354	12,3	15.070	12,1	1.284
Jahresgewinn	1.618	1,2	1.284	1,0	334
Sonderposten für Zuwendungen	65.886	49,4	62.785	50,5	3.101
Empfangene Ertragszuschüsse	<u>3.643</u>	<u>2,7</u>	<u>988</u>	<u>0,8</u>	<u>2.655</u>
Betriebswirtschaftliches Eigenkapital	<u>101.118</u>	<u>75,8</u>	<u>91.736</u>	<u>73,7</u>	<u>9.382</u>
Sonstige Rückstellungen	1.831	1,4	183	0,2	1.648
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	24.289	18,2	24.273	19,5	16
Sonstige Verbindlichkeiten	<u>1.526</u>	<u>1,1</u>	<u>2.990</u>	<u>2,4</u>	<u>-1.464</u>
Mittel- und langfristiges Fremdkapital	<u>27.646</u>	<u>20,7</u>	<u>27.446</u>	<u>22,1</u>	<u>200</u>
Steuerrückstellungen	22	0,0	0	0,0	22
Sonstige Rückstellungen	771	0,6	788	0,7	-17
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1.246	1,0	2.400	1,9	-1.154
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	695	0,5	357	0,3	338
Verbindlichkeiten gegenüber Verbandsmitgliedern	27	0,0	6	0,0	21
Sonstige kurzfristige Posten	<u>1.825</u>	<u>1,4</u>	<u>1.657</u>	<u>1,3</u>	<u>168</u>
Kurzfristiges Fremdkapital	<u>4.586</u>	<u>3,5</u>	<u>5.208</u>	<u>4,2</u>	<u>-622</u>
	<u>133.350</u>	<u>100,0</u>	<u>124.390</u>	<u>100,0</u>	<u>8.960</u>

Das Gesamtvermögen hat sich gegenüber dem Vorjahr um TEUR 8.960 auf TEUR 133.350 erhöht. Der Anstieg resultiert auf der Vermögensseite im Wesentlichen aus der Erhöhung des Anlagevermögens um TEUR 8.243 auf TEUR 126.311 sowie dem Anstieg der Liquiden Mittel um TEUR 1.299 auf TEUR 5.404.

Beim Anlagevermögen stehen Zugängen in Höhe von TEUR 12.042 Abschreibungen in Höhe von TEUR 3.763 sowie Abgänge TEUR 36 gegenüber. In den Zugängen ist die Übernahme der Wirtschaftsgüter von Jöhstadt in Höhe von TEUR 3.846 aufgrund deren Beitritt zum Verband enthalten.

Die Verringerung der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen um TEUR 403 auf TEUR 1.310 resultiert aus dem Bereich der sonstigen Forderungen, da hier im Vorjahr die Abrechnung von Baukostenzuschüssen für eine Investitionsmaßnahme enthalten waren. Bei den Forderungen gegen Verbandsmitglieder handelt es sich um Straßenentwässerungskostenanteile (TEUR 154; Vj.: TEUR 100) sowie Forderungen aus der Verbrauchsabrechnung (TEUR 39; Vj.: TEUR 31) sowie sonstige Forderungen aus Lieferungen und Leistungen (TEUR 45; Vj.: TEUR 6).

Die sonstigen Vermögensgegenstände haben sich um TEUR 282 auf TEUR 0 verringert. Im Vorjahr beinhaltete der Posten offene Fördermittel.

Zur Entwicklung der liquiden Mittel insgesamt verweisen wir auf die nachfolgende Darstellung der Kapitalflussrechnung.

Das bilanzielle Eigenkapital des Zweckverbandes beträgt TEUR 31.589 nach TEUR 27.963 im Vorjahr und ist aufgrund des Jahresgewinns 2024 in Höhe von TEUR 1.618 sowie aufgrund des Beitritts von Jöhstadt zum Zweckverband in Höhe von TEUR 2.008 (Beiträge TEUR 1.341 und Kapitalrücklage TEUR 668) gestiegen. Die bilanzielle Eigenkapitalquote erhöhte sich von 22,4 % im Vorjahr auf 23,7 % im Berichtsjahr. Die wirtschaftliche Eigenkapitalquote hat sich ebenfalls gegenüber dem Vorjahr auf 75,8 % (Vj.: 73,7 %) erhöht.

Beim Sonderposten für Zuwendungen und den empfangenen Ertragszuschüssen stehen Zugängen in Höhe von TEUR 8.053 Auflösungen in Höhe von TEUR 2.143 sowie Abgängen / Korrekturen in Höhe von TEUR 154 gegenüber. In den Zugängen ist die Übernahme der Investitionszuschüsse von Jöhstadt in Höhe von 1.838 aufgrund deren Beitritt zum Zweckverband ent-

halten.

Die Rückstellungen sind gegenüber dem Vorjahr um TEUR 1.653 gestiegen. Dies resultiert im Wesentlichen aus der Berücksichtigung der Kostenüberdeckung für den Kalkulationszeitraum 2024 / 2025 entsprechend der Nachkalkulation in Höhe von TEUR 1.633.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten betragen insgesamt TEUR 25.535 nach TEUR 26.673 im Vorjahr. Es erfolgten Kreditaufnahmen in Höhe von TEUR 1.525. Demgegenüber stehen planmäßige Tilgungen von TEUR 1.249 sowie Sondertilgungen von TEUR 1.309.

Die sonstigen Verbindlichkeiten verringerten sich gegenüber dem Vorjahr um TEUR 1.296 auf TEUR 3.351. Die darin enthaltene Kostenüberdeckung für die abgeschlossenen Kalkulationszeiträume 2020 bis 2023 in Höhe von TEUR 4.475 wurde 2024 um TEUR 1.475 aufgelöst.

Zum Stichtag 31. Dezember 2024 ist das kurzfristige Fremdkapital in Höhe von TEUR 4.586 (Vj.: TEUR 5.208) in Höhe von 153,5 % (Vj.: 121,4 %) durch das kurzfristige verfügbare Vermögen in Höhe von TEUR 7.039 (Vj.: TEUR 6.322) gedeckt.

3. Finanzlage (Kapitalflussrechnung)

Zur Beurteilung der Finanzlage wurde von uns die nachstehende Kapitalflussrechnung auf der Grundlage des Finanzmittelfonds (= kurzfristig verfügbare flüssige Mittel) mit entsprechendem Vorjahresausweis erstellt:

	2024 TEUR	2023 TEUR
Jahresgewinn	1.618	1.284
Abschreibungen	3.763	3.488
Auflösung Sonderposten/Empfangene Ertragszuschüsse	-2.143	-2.025
Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen		
Buchverluste aus Anlagenabgängen	22	0
Zuführung zu Einzelwertberichtigungen auf Forderungen	19	0
Forderungsverluste	3	1
Zuführung zur Pauschalwertberichtigung	0	14
Korrektur Sonderposten	0	3
Sonstige zahlungsunwirksame Erträge		
Korrektur Sonderposten	-16	-11
Erträge aus der Herabsetzung von Wertberichtigungen	-7	0
Buchgewinne aus Anlagenabgängen	-2	-1
Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	-3	-118
Erträge aus ausgebuchten Forderungen	0	-3
Cashflow	3.254	2.632
Zunahme (+) / Abnahme (-) der Rückstellungen	1.656	-2.870
Zunahme (-) / Abnahme (+) der Vorräte, der Forderungen sowie sonstiger Aktiva	567	-920
Zunahme (+) / Abnahme (-) der Verbindlichkeiten sowie sonstiger Passiva	-1.180	3.014
Zinsaufwendungen (+) / Zinsertrag (-)	354	385
a) Mittelzufluss / -abfluss aus laufender Geschäftstätigkeit	4.651	2.241
Investitionen in das Anlagevermögen	-8.139	-5.612
Einzahlungen aus Anlagenabgängen	16	1
b) Mittelzufluss / -abfluss aus Investitionstätigkeit	-8.180	-5.611
Tilgung von Bankkrediten	-2.558	-5.418
Aufnahme von Bankkrediten	1.525	2.639
Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen	0	1.517
Einzahlung Baukostenzuschüsse	1.433	93
Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	4.782	5.319
Zinsen	-354	-385
c) Mittelzufluss / -abfluss aus Finanzierungstätigkeit	4.828	3.765

Veränderung der liquiden Mittel (Summe a-c)
Liquide Mittel zu Beginn des Jahres

Liquide Mittel am Ende des Jahres

1.299	395
4.105	3.710
5.404	4.105

4. Ertragslage (Gewinn- und Verlustrechnung)

Die aus der Gewinn- und Verlustrechnung abgeleitete Gegenüberstellung der Erfolgsrechnungen der beiden Wirtschaftsjahre 2024 und 2023 zeigt folgendes Bild der Ertragslage und ihrer Veränderungen:

	2024		2023		+/-	
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
Umsatzerlöse	10.236	97,9	8.656	97,5	1.580	18,3
Sonstige betriebliche Erträge	<u>223</u>	<u>2,1</u>	<u>220</u>	<u>2,5</u>	<u>3</u>	<u>1,4</u>
Betriebsleistung	<u>10.459</u>	<u>100,0</u>	<u>8.876</u>	<u>100,0</u>	<u>1.583</u>	<u>17,8</u>
Materialaufwand	-1.613	-15,4	-1.506	-17,0	-107	-7,1
Personalaufwand	-1.841	-17,6	-1.741	-19,6	-100	-5,7
Abschreibungen	-1.865	-17,8	-1.699	-19,1	-166	-9,8
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-3.118	-29,8	-2.486	-28,0	-632	-25,4
Sonstige Steuern	<u>-58</u>	<u>-0,6</u>	<u>-1</u>	<u>0,0</u>	<u>-57</u>	<u><-100,0</u>
Betriebsaufwand	<u>-8.495</u>	<u>-81,2</u>	<u>-7.433</u>	<u>-83,7</u>	<u>-1.062</u>	<u>-14,3</u>
Betriebsergebnis	1.964	18,8	1.443	16,3	521	36,1
Finanzergebnis	-318	-3,0	-400	-4,5	82	20,5
Neutrales Ergebnis	<u>-28</u>	<u>-0,3</u>	<u>241</u>	<u>2,7</u>	<u>-269</u>	<u><-100,0</u>
Jahresergebnis	<u>1.618</u>	<u>15,5</u>	<u>1.284</u>	<u>14,5</u>	<u>334</u>	<u>26,0</u>

Die Gesamtleistung des Zweckverbandes ist gegenüber dem Vorjahr um TEUR 1.580 auf TEUR 10.236 gestiegen. Ursächlich hierfür ist im Wesentlichen der Beitritt der Stadt Jöhstadt zum Zweckverband zum 1. Januar 2024 sowie die Anpassung der Gebührensätze.

Der Materialaufwand fällt mit TEUR 1.613 (Vj.: TEUR 1.506) um TEUR 107 höher aus als im Vorjahr. Ursächlich hierfür sind die im Vergleich zum Vorjahr gestiegenen Aufwendungen im Bereich Energie, Reinigungsarbeiten, Fäkalschlammanlieferung und Fremdleistungen für Entsorgungen.

Die Abschreibungen werden vermindert um die Auflösung des Sonderpostens aus Zuwendungen der öffentlichen Hand dargestellt.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen betragen TEUR 3.118 nach TEUR 2.486 im Vorjahr. Der Anstieg ist im Wesentlichen auf gestiegene Aufwendungen für Wartungen, Reparaturen und Instandhaltungen zurückzuführen.

Das Finanzergebnis setzt sich wie folgt zusammen:

	2024 TEUR	2023 TEUR
Zinserträge		
aus der Abzinsung von Rückstellungen	5	5
Sonstige	41	29
	<u>46</u>	<u>34</u>
Zinsaufwendungen		
für Bankkredite	-354	-385
aus der Aufzinsung von Rückstellungen	0	-38
Sonstige	-10	-11
	<u>-364</u>	<u>-434</u>
Finanzergebnis	<u>-318</u>	<u>-400</u>

Darüber hinaus sind im Wirtschaftsjahr 2024 folgende Sondereinflüsse zu berücksichtigen:

	2024 TEUR	2023 TEUR
Erträge		
Erträge aus Weiterberechnungen	80	88
Erträge Abgang / Korrektur Sonderposten	16	11
Erträge aus der Herabsetzung von Wertberichtigungen	7	0
Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	3	118
Periodenfremde Erträge	3	101
Buchgewinne aus Anlagenabgängen	2	1
Versicherungsentschädigungen und Schadensersatz	0	65
Erträge aus abgeschriebenen Forderungen	0	3
	<u>111</u>	<u>387</u>
Aufwendungen		
Aufwendungen aus Weiterberechnungen	-82	-90
Buchverluste aus Anlagenabgängen	-22	0
Zuführung zu den Einzelwertberichtigungen auf Forderungen	-19	0
Kostenüberdeckung Jöhstadt 2023	-9	0
Periodenfremde Aufwendungen	-4	-11
Forderungsverluste	-3	-1
Abwasserabgabe Vorjahre	0	-15
Zuführung zur Pauschalwertberichtigung	0	-14
Anpassung Kostenüberdeckung 2022	0	-12
Aufwendungen Korrektur Sonderposten	0	-3
	<u>-139</u>	<u>-146</u>
Neutrales Ergebnis	<u>-28</u>	<u>241</u>

E. FESTSTELLUNGEN AUS ERWEITERUNGEN DES PRÜFUNGSAUFGTRAGS NACH § 53 HGRG

Bei unserer Prüfung haben wir auftragsgemäß die Vorschriften des § 53 Abs. 1 Nr. 1 und 2 HGrG und die hierzu vom IDW nach Abstimmung mit dem Bundesministerium der Finanzen, dem Bundesrechnungshof und den Landesrechnungshöfen veröffentlichten IDW PS 720 "Fragenkatalog zur Prüfung nach § 53 HGrG" beachtet.

Dementsprechend haben wir auch geprüft, ob die Geschäfte ordnungsgemäß, d. h. mit der erforderlichen Sorgfalt und in Übereinstimmung mit den einschlägigen handelsrechtlichen Vorschriften, den ergänzenden kommunalrechtlichen Vorschriften und den Bestimmungen der Satzung des Zweckverbandes geführt worden sind.

Die erforderlichen Feststellungen haben wir in diesem Bericht und in der Anlage V dargestellt. Über diese Feststellungen hinaus hat unsere Prüfung keine Besonderheiten ergeben, die nach unserer Auffassung für die Beurteilung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung von Bedeutung sind.

F. WIEDERGABE DES BESTÄTIGUNGSVERMERKS UND SCHLUSSBEMERKUNG

Nach dem abschließenden Ergebnis unserer Prüfung haben wir dem Jahresabschluss (Anlage II) und dem Lagebericht (Anlage I) der Abwasserzweckverband "Oberes Zschopau- und Sehmatal", Thermalbad Wiesenbad OT Schönfeld, für das Wirtschaftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2024 unter dem Datum vom 11. September 2025 den folgenden Bestätigungsvermerk erteilt, der hier wiedergegeben wird:

"BESTÄTIGUNGSVERMERK DES UNABHÄNGIGEN ABSCHLUSSPRÜFERS

An den Abwasserzweckverband "Oberes Zschopau- und Sehmatal", Thermalbad Wiesenbad OT Schönfeld

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss des Abwasserzweckverband "Oberes Zschopau- und Sehmatal", Thermalbad Wiesenbad OT Schönfeld, – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2024 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Wirtschaftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2024 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der Abwasserzweckverband "Oberes Zschopau- und Sehmatal", Thermalbad Wiesenbad OT Schönfeld, für das Wirtschaftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2024 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage des Zweckverbandes zum 31. Dezember 2024 sowie seiner Ertragslage für das Wirtschaftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2024 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Zweckverbandes. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den Vorschriften der Sächsischen Eigenbetriebsverordnung und den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB und § 32 Sächsischen Eigenbetriebsverordnung unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Verwaltungsrates für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den Vorschriften der Sächsischen Eigenbetriebsverordnung und den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Zweckverbandes vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen (d. h. Manipulationen der Rechnungslegung und Vermögensschädigungen) oder Irrtümern ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit des Zweckverbandes zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Zweckverbandes vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den Vorschriften der Sächsischen Eigenbetriebsverordnung und den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden Vorschriften der Sächsischen Eigenbetriebsverordnung und deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Verwaltungsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses des Zweckverbandes zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Zweckverbandes vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den Vorschriften der Sächsischen Eigenbetriebsverordnung und den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass eine aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellung nicht aufgedeckt wird, ist höher als

das Risiko, dass eine aus Irrtümern resultierende wesentliche falsche Darstellung nicht aufgedeckt wird, da dolose Handlungen kollusives Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.

- erlangen wir ein Verständnis von den für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollen und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit der internen Kontrollen des Zweckverbandes bzw. dieser Vorkehrungen und Maßnahmen abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit des Zweckverbandes zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass der Zweckverband seine Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir Darstellung, Aufbau und Inhalt des Jahresabschlusses insgesamt einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Zweckverbandes vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage des Zweckverbandes.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger bedeutsamer Mängel in internen Kontrollen, die wir während unserer Prüfung feststellen."

Den vorstehenden Prüfungsbericht erstatten wir in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Vorschriften und den Grundsätzen ordnungsmäßiger Berichterstattung bei Abschlussprüfungen (IDW PS 450).

Eine Verwendung des oben wiedergegebenen Bestätigungsvermerks außerhalb dieses Prüfungsberichts bedarf unserer vorherigen Zustimmung. Bei Veröffentlichungen oder Weitergabe des Jahresabschlusses und/oder des Lageberichts in einer von der bestätigten Fassung abweichenden Form (einschließlich der Übersetzung in andere Sprachen) bedarf es zuvor unserer erneuten Stellungnahme, sofern hierbei unser Bestätigungsvermerk zitiert oder auf unsere Prüfung hingewiesen wird; auf § 328 HGB wird verwiesen.

Dresden, den 11. September 2025

DONAT WP GmbH

Wirtschaftsprüfungsgesellschaft



Donat

Wirtschaftsprüfer

ANLAGEN

LAGEBERICHT 2024

**ABWASSERZWECKVERBAND
„OBERES ZSCHOPAU- UND SEHMATAL“,
THERMALBAD WIESENBAD OT SCHÖNFELD**

- I. Verbandsgrundlagen
 - 1. Geschäftsmodell
 - 2. Ziele und Strategien

- II. Wirtschaftsbericht
 - 1. Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Bedingungen
 - 2. Geschäftsverlauf
 - 3. Wirtschaftliche Lage
 - a) Vermögenslage
 - b) Finanzlage
 - c) Ertragslage

- III. Nachtragsbericht

- IV. Prognose-, Chancen- und Risikobericht
 - 1. Prognosebericht
 - 2. Risikobericht
 - 3. Risikomanagementsystem

I. Verbandsgrundlagen

1. Geschäftsmodell

Der Abwasserzweckverband „Oberes Zschopau- und Sehmatal“ (AZV) ist ein Zweckverband gemäß § 44 SächsKomZG. Mitglieder des Zweckverbandes sind die Städte und Gemeinden Annaberg-Buchholz, Sehmatal, Crottendorf, Geyer, Thermalbad Wiesenbad, Schleittau, Scheibenberg, Königswalde und Tannenberg. Zum 1. Januar 2024 wurde die Stadt Jöhstadt einschließlich der zugehörigen Ortsteile Grumbach, Steinbach und Schmalzgrube neues Mitglied des Zweckverbandes.

Aufgabe des AZV ist die Erfüllung der Abwasserbeseitigungspflicht entsprechend § 50 SächsWG für seine Mitgliedskommunen.

Der AZV führt seine Tätigkeit als Körperschaft öffentlichen Rechts durch.

2. Ziele und Strategien

Ziel der Verbandstätigkeit ist die zuverlässige und stabile Erfüllung der gemeindlichen Pflichtaufgabe öffentliche Abwasserbeseitigung zum Schutz und Erhalt der Umwelt sowie der Volksgesundheit. Für die Sicherstellung einer ordnungsgemäßen und gesetzeskonformen Abwasserbeseitigung plant, errichtet und betreibt der AZV alle dazu notwendigen Anlagen.

Der AZV wird nach den Vorschriften des Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit (SächsKomZG), der Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen (SächsGemO), der Sächsischen Eigenbetriebsverordnung (SächsEigBVO), der Verbandssatzung sowie unter Beachtung weiterer allgemeiner Vorschriften des öffentlichen Rechts bzw. Handels geführt.

In der Verbandssatzung des AZV sind die Aufgaben des Verbandes, die Zuständigkeit der Organe, die Wirtschafts- und Haushaltsführung sowie das Ausscheiden bzw. die Auflösung des Verbandes geregelt.

Für die Wirtschaftsführung und das Rechnungswesen gelten die Vorschriften gemäß § 95a SächsGemO und der Sächsischen Eigenbetriebsverordnung (SächsEigBVO).

Die Abwasserbeseitigung wird nach den Bestimmungen der Satzung über die öffentliche Abwasserbeseitigung des Abwasserzweckverbandes „Oberes Zschopau- und Sehmatal“ vorgenommen.

II. Wirtschaftsbericht

1. Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die Sicherung der öffentlichen Abwasserbeseitigung ist gemäß § 50 SächsWG eine kommunale Pflichtaufgabe. Der AZV nimmt diese Pflichtaufgabe stellvertretend für seine Mitgliedsgemeinden innerhalb des Verbandsgebietes alleinverantwortlich wahr.

Aufgrund des äußerst geringen Ausbaugrades der öffentlichen Abwasserbeseitigung innerhalb des Verbandsgebietes vor der politischen Wende 1989 bestand die Hauptaufgabe des Verbandes in den vergangenen 30 Jahren im flächigen Neubau von Kanalisationen sowie Kläranlagen. Bedingt durch die jährlichen Investitionen - und damit den Neuanschluss von Grundstücken an die öffentlichen Abwasseranlagen - hat sich die behandelte Abwassermenge bis einschließlich 2012 jährlich erhöht. Im Jahr 2013 war ein Rückgang der behandelten Abwassermenge zu verzeichnen, in dessen Folge von 2014 bis einschließlich 2016 jedoch wieder ein Anstieg eingetreten ist. Seit 2016 bewegt sich die gebührenfähige Abwassermenge auf einem weitestgehend gleichbleibenden Niveau - knapp unter 1,5 Mio. m³/a.

Ungeachtet der weitestgehend abgeschlossenen jährlichen Erhöhung des Anschlussgrades wird die demografische Entwicklung des Verbandsgebietes seit Jahren von einem stetigen Bevölkerungsrückgang geprägt. Der jährliche Einwohnerverlust bewegte sich in den Jahren 2000 bis 2011 bei konstant 500 bis 550 Einwohnern und lag damit über 1 % der Gesamteinwohnerzahl. Seit ca. 2013 ist die Intensität des Einwohnerrückganges etwas abgeschwächt, der jährliche Einwohnerverlust liegt seitdem bei ca. 350 bis 450 Einwohnern. In absoluten Zahlen ging die Einwohnerzahl im Verbandsgebiet von 53.582 Einwohnern im Jahr 2000 auf 43.661 Einwohnern im Jahr 2023 zurück. Mit dem Beitritt der Stadt Jöhstadt im Jahr 2024 stieg die Einwohnerzahl im Verbandsgebiet auf 45.071. Ohne Berücksichtigung der hinzugekommenen Einwohner von Jöhstadt betrug die restliche Einwohnerzahl im Verbandsgebiet im Jahr 2024 42.624. Dies entspricht zum Jahr 2000 einen Rückgang von insgesamt 10.958 Einwohnern. Eine Trendwende der rückläufigen Einwohnerentwicklung ist auch weiterhin nicht zu erwarten.

Mit weitestgehendem Abschluss der reichlich 3 Jahrzehnte andauernden Investitionsperiode wird sich die zurückgehende Bevölkerungsentwicklung zukünftig (relativ) ungebremst auf die zu behandelnden Abwassermengen auswirken. Die in den vergangenen Jahren durch flächige Kanalneubaumaßnahmen (Neuanschlüsse) und Kanalertüchtigungen eingetretene Erhöhung des Anschlussgrades inklusive Erhöhung der gebührenwirksamen Abwassermengen ist damit beendet, bzw. es ist von zukünftig jährlich abnehmenden Abwassermengen auszugehen.

Einen anhand der Jahresabwassermengen erkennbaren gegenläufigen Trend stellen die spezifischen verbrauchten Trinkwassermengen dar. Hier ist eine leichte Zunahme im pro Kopf-Verbrauch festzustellen. Mit hoher Wahrscheinlichkeit ist diese Tendenz dem geänderten Nutzungsverhalten der jüngeren Verbandsbürger zuzuschreiben, die einen „großzügigeren“ Umgang mit Trinkwasser praktiziert.

2. Geschäftsverlauf

Das Wirtschaftsjahr 2024 war das erste in der den Zeitraum 2024 und 2025 umfassenden neuen Gebührenkalkulationsperiode. Gegenüber der vorangegangenen Gebührenperiode 2021 bis 2023 mussten die zu veranlagenden Abwassergebühren den geänderten Bedingungen (Bevölkerungsrückgang, allgemein steigende Kostenentwicklung) angepasst, d. h. leicht angehoben werden.

Mit dem Ergebnis der Nachkalkulation 2023 wurde die Gebührenperiode 2021 bis 2023 abgeschlossen. Das Ergebnis der durchgeführten Nachkalkulation, die in Summe der Jahre 2021 bis 2023 eine Überdeckung ergab, wurde gemäß Sächsischem Eigenbetriebsrecht nicht mehr in Form einer Rückstellung (für Gebührenausschleich), sondern als Bilanzposition Verbindlichkeit ausgewiesen. Das Ergebnis der Nachkalkulation 2024, ebenfalls eine Überdeckung, wird aufgrund der noch laufenden Kalkulationsperiode als Rückstellung (für Gebührenausschleich) in der Bilanz 2024 berücksichtigt.

Nach massiver Beeinflussung der Tätigkeit des AZV im Jahr 2022 bzw. teilweise auch 2023 infolge des Ukrainekrieges (siehe Lagebericht 2022 Pkt. 2 Geschäftsverlauf) konnte 2024 eine weitere Stabilisierung bzw. Konsolidierung der laufenden Betriebstätigkeit des Verbandes festgestellt werden.

Entgegen des bisherigen seit 2018 konstant festzustellenden Trends einer jährlichen Verringerung der gebührenfähigen Abwassermenge, ist die im Jahr 2024 abgerechnete gebührenfähige Abwassermenge gegenüber dem Vorjahr angestiegen (ohne Abzug nicht gebührenwirksamer Anteile bzw. Brauchwassermengen). Die Steigerung der in Kläranlagen behandelten Abwassermenge erfolgte von 1.442.319 m³ im Jahr 2023 auf 1.499.862 im Jahr 2024. Auch ohne Berücksichtigung der mit dem Beitritt der Stadt Jöhstadt neu hinzugekommenen Abwassermenge (+ 30.919 m³) ergab sich eine Erhöhung von 1.442.319 m³ im Jahr 2023 auf 1.468.943 im Jahr 2024 (+ 26.401 m³). Eine nach Vorliegen der Gebührenabrechnung durchgeführte Querschnittsprüfung der Abrechnungsmengen konnte keine Ursache der aufgetretenen -unerwarteten- Trendumkehr feststellen. Die 2024

eingetretene Erhöhung der Abwassermenge / des Trinkwasserverbrauchs verteilte sich auf eine Vielzahl von Anschlussnehmern.

Die ausschließlich über Kanäle abgeleitete Abwassermenge (mit grundstückseigener Abwasserbehandlung bzw. ohne Abwasserbehandlung durch Kläranlagen des AZV) erhöhte sich durch den Beitritt der Stadt Jöhstadt ebenfalls. Der Umfang der Erhöhung betrug 14.231 m³ von 25.152 m³ im Jahr 2023 auf 39.383 m³ im Jahr 2024. Bei Abzug der von Jöhstadt beigetragenen Abwassermenge ergibt sich rechnerisch eine leichte Reduzierung von 25.152 m³ im Jahr 2023 auf 24.892 m³ im Jahr 2024 (- 260 m³).

Bedingt durch die 2023 zu Ende gehende Gebührenkalkulationsperiode ergab sich die Notwendigkeit einer Neukalkulation. In dieser war der zum 1. Januar 2024 erfolgte Verbandsbeitritt der Stadt Jöhstadt zu berücksichtigen.

In der Verbandsversammlung am 8. November 2023 wurde die aufgestellte Gebührenkalkulation für die Jahre 2024 / 2025 vorgestellt. Wie zu erwarten, ergab sich unter Beachtung der weiter zurückgehenden Einwohnerzahl bzw. allgemein steigender Kostenentwicklung eine leichte Erhöhung der ermittelten Gebührensätze. Die Verbandsversammlung stimmte anschließend dem Inhalt der Gebührenkalkulation sowie der überarbeiteten Abwassersatzung mit den neu ermittelten Gebührensätzen zu. Die Beschlussfassung erfolgte ohne Gegenstimmen bzw. Stimmenenthaltungen.

Mit der in der Kalkulation 2024 / 2025 vorgenommenen Vereinheitlichung der Gebührengelände wurde die Voraussetzung für eine auch zukünftig rechtssichere und wirtschaftliche Gebührenerhebung geschaffen.

Der Einzug der 2024 veranschlagten Abwassergebühren verlief stetig. Die Anzahl der zur Jahresabrechnung 2024 eingegangenen Widersprüche belief sich auf 15 Stück, davon beinhalteten 10 eine Korrektur der festgesetzten Wohnungseinheiten. Bei einer Gesamtkundenanzahl von ca. 11.050 Kunden ist mit Blick auf die sehr geringe Anzahl an Widersprüchen eine breite Akzeptanz der Gebührenerhebung feststellbar.

3. Wirtschaftliche Lage

a) Vermögenslage

In der Eröffnungsbilanz 1995 und auch in den Folgejahren wurde das vorhandene Anlagevermögen des Verbandes als Nettovermögen dargestellt. Erhaltene Fördermittel, Zuschüsse bzw. Kostenbeteiligungen der Mitgliedskommunen und Straßenbaulastträger wurden dabei saldiert. Gemäß geltender neuer SächsEigBVO vom Dezember 2013 sind erhaltene Beiträge und Zuweisungen als bilanzielle Sonderposten abzubilden (§ 27).

In Änderung der bisher aufgestellten Nettobilanz wurde deshalb mit 2015 beginnend die Darstellung des Anlagevermögens überarbeitet und die gesamten Kostenaufwendungen in der Bilanz dargestellt.

Die vorgenommene Gesamtdarstellung des AZV-Vermögens bringt eine höhere Transparenz bzw. zeigt den hohen Anteil an langfristig gebundenem Vermögen im Gesamtportfolio des Verbandes.

Das Anlagevermögen des Verbandes betrug zum 31. Dezember 2024 126.311,4 T€ (Vorjahr 118.068,6 T€).

Das Eigenkapital beträgt einschließlich Sonderposten und empfangene Ertragszuschüsse 101.118,9 T€ (Vorjahr 91.735,6 T€).

Der Verschuldungsgrad änderte sich von 35,60 % auf 31,88 %.

Die Kennzahlen der Vermögensstruktur im Jahresvergleich stellen sich wie folgt dar:

	<u>2024</u>	<u>2023</u>
Anlagenquote (Anlagevermögen / Bilanzsumme)	94,72 %	94,92 %
Eigenkapitalquote (Eigenkapital einschl. Sonderposten und Empf. Ertragszuschüsse / Bilanzsumme)	75,83 %	73,57 %
Verschuldungsgrad (Fremdkapital / Eigenkapital)	31,88 %	35,60 %

b) Finanzlage

Die Anlagendeckung (Eigenkapital / Anlagevermögen) hat sich im Vergleich zum Vorjahr leicht erhöht. Die Liquiditätssituation des Verbandes war während des gesamten Wirtschaftsjahres 2024 stabil und gesichert.

Die Kennzahlen der Finanzierungsstruktur im Jahresvergleich stellen sich wie folgt dar:

	<u>2024</u>	<u>2023</u>
Anlagendeckung (Eigenkapital einschl. Sonderposten und Empf. Ertragszuschüsse / Anlagevermögen)	80,06 %	77,70 %
Liquidität 1. Grades (Flüssige Mittel / kurzfristiges Fremdkapital)	84,22 %	76,14 %

c) Ertragslage

Der Umsatzerlös in 2024 betrug 10.307,1 T€ und ist gegenüber 2023 mit 8.730,9 T€ um ca. 1.576,2 T€ gestiegen. Wesentliche Ursachen dieser Umsatzänderung sind der zum 1. Januar 2024 stattgefundenen Beitritt der Stadt Jöhstadt zum AZV, als auch die ab 2024 gegenüber 2023 geltenden höheren Gebührensätze.

Die Umsatzerlöse aus Abwassergebühren betrugen in 2024 8.518,9 T€ und haben sich damit gegenüber 2023 um 1.161,4 T€ erhöht.

Eine Erhöhung der Umsatzerlöse ist auch bei der Kostenweiterberechnung gegenüber dem angeschlossenen Industrieleiter feststellbar. Verantwortlich dafür sind 2024 gegenüber den Vorjahren u. a. höhere Personalkosten, Wartungsaufwendungen sowie Stromkosten.

Die wesentlichsten Kostenpositionen betreffen Abschreibungen, Zinsaufwand, Personalaufwand sowie Betriebsaufwand Kanalnetz und Kläranlagen.

Das Ergebnis der Nachkalkulation 2024 ergab in Summe eine Überdeckung von 1.734,6 T€. Als eine Ursache der entstandenen Überdeckung ist der geringere Anfall kalkulatorischer Kosten (Abschreibung, kalkulatorische Eigenkapitalverzinsung) zu nennen. Aufgrund zeitlicher Verschiebungen größerer Investitionsmaßnahmen (u. a. Erweiterung und Modernisierung ZKA Schönfeld 4. Ausbaustufe ZKA Schönfeld) sind diese 2024 gegenüber dem Kalkulationsansatz geringer ausgefallen.

Als weitere Ursache der entstandenen Überdeckung sind gegenüber dem Planansatz 2024 geringere Aufwendungen im Anlagenbetrieb zu nennen. Dies betrifft u. a. die Bereiche verbandsinterner Schlammtransport und Elektroenergieverbrauch.

Der für die Bewirtschaftung der Kläranlagen vorgesehene Gesamtaufwand liegt auf dem Niveau der Vorjahre.

Unter Berücksichtigung der Anlagenbuchhaltung beträgt die 2024 eingetretene Abschreibung 3.763,3 T€. Die als Einnahme veranschlagte Auflösung des Sonderpostens sowie die empfangenen Ertragszuschüsse betragen insgesamt 2.142,8 T€.

Die zeitliche Verschiebung der Aufnahme genehmigter Neukredite sowie vorgenommene Umschuldungen führten zu einer Reduzierung des Zinsaufwandes für Darlehen auf 354,7 T€. Dies entspricht einer Reduzierung gegenüber 2023 um 30,0 T€.

Die Geschäftstätigkeit im Berichtsjahr verlief weitestgehend stabil. Geschäftsverlauf und Lage sind insbesondere unter den vorgenannten Randbedingungen als gut zu beurteilen.

Das Jahr 2024 schließt mit einem Jahresgewinn in Höhe von 1.618,4 T€ ab und liegt damit über dem Vorjahresgewinn im 2023. Der Wirtschaftsplan 2024 sah einen Jahresgewinn in Höhe von 1.561,0 T€ vor.

III. Nachtragsbericht

Aufgrund geänderter gesetzlicher Rahmenbedingungen im Energiebereich ist ab dem 1. Januar 2024 die Erzeugung selbstverbrauchten Stroms aus Klärgas stromsteuerpflichtig. Zur Prüfung einer ggf. möglicher Steuerbefreiungen fand am 11. Juni 2025 ein Prüfungstermin des Zoll beim AZV statt. Das Ergebnis der durchgeführten Prüfung steht noch aus.

Weitere nach Abschluss des Wirtschaftsjahres 2024 als Nachtrag zu erwähnenden wesentlichen Geschäftsvorfälle sind nicht aufgetreten.

IV. Prognose-, Chancen und Risikobericht

1. Prognosebericht

Mit der Verwaltungsvorschrift über die „Grundsätze für die Abwasserbeseitigung im Freistaat Sachsen 2007 bis 2015“ hat das Sächsische Staatsministerium für Umwelt und Landwirtschaft wesentliche Forderungen an die Qualität der Abwasserentsorgung technisch und zeitlich definiert. Nach dem 31. Dezember 2015 sind demgemäß Einleitungen aus öffentlichen Abwasseranlagen als auch aus privaten-nichtöffentlichen Abwasseranlagen nur noch nach erfolgter Abwasserbehandlung entsprechend Stand der Technik (vollbiologische Abwasserbehandlung) zulässig.

Alle vom AZV betriebenen öffentlichen Kläranlagen erfüllen bereits diese Forderung.

Von den innerhalb des Verbandsgebietes insgesamt 976 auch perspektivisch nicht an eine öffentliche Kläranlage angeschlossenen Grundstücken haben bis Ende 2023 921 Grundstückseigentümer ihre Anpassungspflicht an den Stand der Technik bereits erfüllt. Lediglich 55 Grundstücke müssen noch eine Anpassung der Kleinkläranlage vornehmen.

Zum Ende des Jahres 2021 konnte die nachträglich von der Verbandsversammlung beschlossene zentrale abwassertechnische Erschließung des Ortsteils Walthersdorf abgeschlossen werden. Dies bedeutet für den AZV die vollständige Umsetzung seines geplanten Abwasserbeseitigungskonzeptes, in dem der Umfang der zentralen öffentlichen Abwasserentsorgung vorgegeben ist.

Der Anschlussgrad (angeschlossene Einwohner) an öffentliche Abwasserbehandlungsanlagen beträgt im Verbandsgebiet unter Berücksichtigung des Beitritts der Stadt Jöhstadt

zum Jahresende 2024 ca. 89,3 %. Ursache des gegenüber 2023 eingetretenen leichten Rückgangs von 92,2 % auf 89,3 % sind die mit Beitritt der Stadt Jöhstadt hinzugekommenen nicht zentral erschlossenen Ortsteile Steinbach, Schmalzgrube und Grumbach. Der vorhandene Anschlussgrad an öffentliche Abwasseranlagen in Höhe von 89,3 % stellt ungeachtet des leichten Rückgangs für das ländlich geprägte Verbandsgebiet eine beachtliche Größenordnung dar. Eine weitere Erhöhung des Anschlussgrades ist wirtschaftlich nicht begründbar und hätte unverhältnismäßig höhere Gebührensätze zur Folge.

Mit Erlass der Landesdirektion Sachsen vom 18. Januar 2017 wurden alle Aufgabenträger der Abwasserbeseitigung in Sachsen aufgefordert, die von ihnen betriebenen Mischwassereinleitungen an den Stand der Technik anzupassen. Neben der grundsätzlichen Forderung der Anpassung an den Stand der Technik enthält der Erlass umfangreiche rechtliche als auch technische Aussagen bzgl. Umsetzung bzw. der Nachweisführung zur Erfüllung dieser Forderung.

Für den AZV Oberes Zschopau- und Sehmatal ergab sich die Notwendigkeit, die vorhandenen Nachweise der Mischwassereinleitungen (Stand 2002) zu überarbeiten bzw. zu aktualisieren. Im März 2021 wurde hierzu die vom Institut für technisch-wissenschaftliche Hydrologie GmbH erarbeitete Schmutzfrachtberechnung Einzugsgebiet ZKA Schönfeld fertiggestellt. Um zukünftig die gestellten wasserrechtlichen Anforderungen (Stand der Technik) an sämtlichen Mischwassereinleitstellen einzuhalten – und damit auch von der Zahlung der Abwasserabgabe für Regenwassereinleitungen befreit zu sein –, sind im Einzugsgebiet der ZKA Schönfeld verschiedene Entlastungsbauwerke zu ertüchtigen (Änderung Drosselabfluss) sowie zwei bereits vorhandene Regenüberläufe zu Regenüberlaufbecken (mit Speichervolumen) auszubauen. Es handelt sich dabei um die Regenüberläufe „Hüttengrund“ sowie „Unterer Bahnhof“ (gegenüber Pflegeheim Am Schottenberg). Der AZV hat die vorgenannten Maßnahmen im mittelfristigen Investitionsprogramm berücksichtigt. Eine Realisierung ist jedoch zwingend an die Gewährung einer Förderung gebunden. Die dafür geltende Förderrichtlinie Siedlungswasserwirtschaft RL SWW 2016 ist weiterhin gültig. Ob die im gesamten Freistaat jedoch in sehr umfangreichem Maße erforderlichen Maßnahmen zur Mischwasserbehandlung zeitnah fördertechnisch abgesichert werden können, erscheint angesichts der im Freistaat Sachsen zu konstatierenden angespannten Haushaltssituation eher zweifelhaft bzw. unwahrscheinlich.

Mit Abschluss des flächigen Auf- und Ausbaus der öffentlichen Abwasserentsorgung liegt der Schwerpunkt der zukünftigen Verbandstätigkeit im stabilen und wirtschaftlichen Betrieb der vorhandenen Abwasseranlagen, der schrittweisen Ertüchtigung des vorhandenen Kanalt-

bestandes, der Anpassung der Mischwassereinleitungen an den Stand der Technik sowie der langfristigen Reduzierung bestehender Verbindlichkeiten.

Die vom Verband zur Bewirtschaftung der Kläranlagen sowie der Sanierung und Ertüchtigung von Kanälen jährlich aufgewendeten Mittel tragen zu einer positiven regionalen Entwicklung und einer Stärkung gewerblicher Unternehmen insbesondere im Bausektor bei.

Der geplante finanzielle Gesamtumfang für Investitionen bzw. Ertüchtigung und Sanierung / Instandhaltung von Abwasseranlagen beträgt 2025 12.832,9 T€. Wesentliche Schwerpunkte der 2025 bis 2028 geplanten Investitionsmaßnahmen sind die weitere Umsetzung des Investitionsvorhabens 4. Ausbaustufe ZKA Schönfeld, verschiedene Kanalertüchtigungsmaßnahmen (u. a. A sternweg BA G19.4; Am Fuchsschwanz / Alte Hormersdorfer Straße BA S11), der Ausbau der Regenwasserableitung (Erschließung Gewerbestandort Oberer Bahnhof BA G135; RW-Kanal Crottendorfer Straße BA L13.1; RW-Kanal Scheibenberger Straße; Hochwasserschadensbeseitigung Hüttengrund) sowie die Anpassung vorhandener Mischwassereinleitungen an den Stand der Technik (RÜB Hüttengrund BA G126).

Aufgrund der im Mai 2021 durch das SMEKUL festgelegten Aussetzung der Förderung für Kanalertüchtigungen besteht die Notwendigkeit, die geplanten Investitionsumfänge im Bereich Kanalnetzertüchtigung zu prüfen bzw. den geänderten Förderbedingungen entsprechend anzupassen. Von einer Fortsetzung der bereits praktizierten Streckung der Umsetzungszeiträume bei Kanalertüchtigungsmaßnahmen ist auszugehen.

Für das Wirtschaftsjahr 2025 wird mit einem Jahresergebnis in Höhe von 1.572,4 T€ gerechnet. Wesentliche Ursache des geplanten Ergebnisses ist die in den vergangenen Jahren vorhandene günstige Kapitalmarktsituation. Diese wurde zur Zinsoptimierung des Darlehensportfolios genutzt. Die Differenz zwischen kalkulatorischer Verzinsung laut Kalkulation (4,5 %) und dem tatsächlichem Zinsaufwand der Darlehensverzinsung spiegelt sich im geplanten Jahresergebnis wider. Damit kann ein Teil des Eigenmittelaufwandes für Investitionen abgesichert werden. Mit der seit 2022 eingetretenen Erhöhung des Europäischen Leitzinssatzes (Höchststand bis zum 6. Juni 2024 bei 4,00 %, seit 12. September 2024 3,50 %) ist zukünftig von einer schrittweisen Verringerung des erzielbaren Jahresergebnisses auszugehen.

Die weiterhin zurückgehende Bevölkerungszahl und der sich damit reduzierende Abwasseranfall haben in der neuen Gebührenkalkulationsperiode ab 2024 zu einer weiteren Erhöhung

der Abwassergebühren geführt. Durch die direkte Auswirkung der Bevölkerungsentwicklung auf die gebührenwirksame Abwassermenge stellt dieser Aspekt auch zukünftig einen der wesentlichsten Einflussfaktoren bei der öffentlichen Abwasserentsorgung dar.

Einer Steigerung der Abwassergebühren durch permanentes Generieren von Einsparpotential, Nutzung von Synergieeffekten bzw. Ausschöpfen aller zur Verfügung stehenden Fördermittel entgegenzuwirken, ist damit auch weiterhin von hoher Priorität.

Zum 1. Januar 2025 trat die von der Europäischen Union novellierte Kommunalabwasserrichtlinie (KARL) in Kraft. Die Mitgliedsstaaten haben ab diesem Zeitpunkt 30 Monate Zeit, die in der Richtlinie enthaltenen Vorgaben in nationales Recht zu überführen. Mit Inkrafttreten der Richtlinie sind teilweise neue bzw. äußerst herausfordernde Vorgaben für die kommunale Abwasserwirtschaft verbunden, die sowohl zu umfangreichen Investitionsaufwendungen als auch zukünftigen Erhöhungen der Betriebskosten bei der Abwasserbehandlung führen werden. Als wesentliche Forderungen sind in der Richtlinie u. a. enthalten:

- Errichtung 4. Reinigungsstufe (Medikamenten-Spurenstoffentfernung)
- Verringerung Nährstoffeintrag aus Kläranlagenabläufen (N+P)
- Herstellung Energieneutralität
- Management von Niederschlagswasser
- Gesundheitsmonitoring
- Informationspflichten

Unter Beachtung der zukünftigen Kläranlagengröße der ZKA Schönfeld (122.500 EW nach Abschluss 4. Ausbaustufe) ist mit den aus der novellierten Kommunalabwasserverordnung resultierenden Anforderungen an die Abwasserbehandlung, für den Verband mit zukünftig erheblichen Investitions- bzw. Steigerungen der Betriebskosten zu rechnen.

Die gesamtwirtschaftliche Situation in der Bundesrepublik Deutschland und damit auch in Sachsen gestaltete sich in den vergangenen Monaten zunehmend schlechter. Auswirkungen sind insbesondere in der Sparte Automobilindustrie einschließlich Zulieferern und Dienstleistern deutlich sichtbar. Negative Folgen auf weitere Wirtschaftsbereiche sind bereits absehbar vorhanden bzw. weiterhin zu erwarten. Für den AZV bedeutet dies eine u. U. eintretende wesentliche Reduzierung anfallender gewerblicher Abwassermengen einschließlich daraus entstehender geringerer Erlöse. Eine belastbare Quantifizierung der wirtschaftlichen Entwicklungen hinsichtlich der Abwassermengen ist momentan nicht möglich.

2. Risikobericht

Wir definieren Risiken als Ereignisse, die eine negative Auswirkung auf die Vermögens-, Finanz- oder Ertragslage haben bzw. geeignet sind, die angestrebten finanziellen, operativen oder strategischen Ziele nicht oder nicht wie geplant zu erreichen. Demgegenüber werden als Chancen diejenigen Ereignisse betrachtet, deren Eintritt eine positive Auswirkung auf die Vermögens-, Finanz- oder Ertragslage hat.

Risiken ergeben sich zunächst aus den für einen Abwasserentsorger typischen technischen Risiken, wie Ausfällen im technischen Anlagenbestand (Kanalisation, Kläranlagen, Sonderbauwerke), Havarien bzw. Störungen durch Dritte (Öl-, Kraftstoff-, Gefahrstoffeinträge) als auch der möglichen Beeinträchtigung durch Naturereignisse (Überflutung, Schlammereintrag etc.).

Neben den technischen Risiken sind finanzielle Risiken aus der zurückgehenden Bevölkerungszahl und den dadurch sinkenden Abwassermengen / Gebührenvolumen als auch dem wirtschaftlichen Ausfall bedeutsamer gewerblicher Anschlussnehmer vorhanden.

Als ebenfalls finanzielles Risiko sind mögliche Änderungen der Kapitalmarktsituation zu definieren, da selbige mit einem erheblichen Einfluss auf das vorhandene Darlehensportfolio verbunden sind. Aufgrund der aktuell hohen Inflation ist mit einem (weiteren) Anstieg der Finanzierungskosten zu rechnen.

Die Inflation und die daraus folgende Tarifentwicklung führt zudem zu deutlich steigenden und überplanmäßigen Personalaufwendungen.

Ein weiteres Risiko stellt die Änderung der Förderbedingungen dar. Infolge des Wegfalls wesentlicher Zuschussumfänge bei maßgeblichen Investitionsmaßnahmen ergeben sich sowohl Auswirkungen auf mögliche Investitionsumfänge als auch auf die zu kalkulierenden Gebührenhöhen.

Im Zusammenhang mit dem im März 2022 begonnenen Ukraine-Krieg sowie sämtlichen damit zusammenhängenden Sachverhalten (u. a. Embargomaßnahmen, Energiepreisentwicklung, Materialpreissteigerungen, Erhöhung der Baukosten, Zunahme Insolvenzen) sind weiterhin Auswirkungen auf die öffentliche Abwasserentsorgung zu erwarten. Neben der steigenden Entwicklung der Baukosten, die Auswirkungen auf die aktuell hohe Investitionstätigkeit des Zweckverbandes hat, wird die weitere wirtschaftlich-gewerbliche Entwicklung innerhalb des Verbandsgebietes von hoher Bedeutung sein. Eine detaillierte Abschätzung bzgl.

Beeinflussung Verbandstätigkeit ist zum Zeitpunkt der Aufstellung des Lageberichtes 2024 nicht möglich.

Ein weiteres Risiko, welches den Verband berührt, liegt in der Aufrechterhaltung einer kontinuierlichen Verwertung des anfallenden Klärschlammes. Hier ist in den vergangenen Jahren eine gewichtige Zunahme der Vorrang einspeisung von Elektroenergie aus regenerativen Erzeugungsanlagen zu verzeichnen. Diese führt dazu, dass die in Sachsen ohnehin nur an 2 Standorten vorhandenen Mitverbrennungskapazitäten (Braunkohlekraftwerke Lippendorf und Boxberg) teilweise komplett entfallen. Der weitere Ausbau regenerativer Energieerzeugungsanlagen wird diese Beeinträchtigung eines kontinuierlichen Klärschlammabsatzes weiter verschärfen. Als Alternative stehen hierzu Verwertungskapazitäten außerhalb des Freistaates Sachsen zur Verfügung, die jedoch mit wesentlichen höheren Entsorgungskosten verbunden sind. Seitens des Verbandes werden aus vorgenannten Gründen Lösungsmöglichkeiten zur Schaffung geeigneter Zwischenlagerkapazitäten untersucht.

Der Verband ist durch den Einsatz von IT-Systemen zur Unterstützung der Geschäftsprozesse sowie zur internen und externen Kommunikation IT-Risiken ausgesetzt, welche sich aus verschiedenen Quellen und Szenarien ergeben können. Dazu gehören Cyberangriffe, Systemausfälle, Datenverluste, Datenschutzverletzungen, aber auch technologische Veränderungen. Hieraus könnten sich bedeutsame wirtschaftliche Folgen auf den operativen Geschäftsbetrieb, die Reputation und die Kundenbeziehungen sowie haftungsrechtliche Konsequenzen ergeben.

Risiken, die den Bestand des AZV gefährden oder dessen Entwicklung wesentlich beeinträchtigen, können momentan nicht vollumfänglich ausgeschlossen werden, sind aber derzeit nicht konkretisiert. Durch den AZV erfolgt eine kontinuierliche Sichtung und Bewertung sämtlicher wirtschaftlicher Entwicklungen im Verbandsgebiet bzw. darüber hinaus, auf deren Basis Entscheidungen zum Erhalt der Stabilität des Verbandes zu treffen sind.

3. Risikomanagementsystem

Im Unternehmen liegt ein Risikomanagementsystem nicht vor. Das eingerichtete Kontrollsystem ist jedoch geeignet, Entwicklungen, die den Fortbestand des Unternehmens gefährden, frühzeitig zu erkennen.

Mit der laufenden Verfolgung, Auswertung und Prognostizierung aller die Art und Weise der öffentlichen Abwasserentsorgung in maßgeblichem Umfang beeinflussenden Randbe-

dingungen (Bevölkerungsentwicklung, industrielle und gewerbliche Entwicklung, Abwassermengen, Energie- und Betriebsmittelkosten, Personalkosten, Abwasserabgabe, Kapitalmarktentwicklung, techn. Nutzungsbedingungen etc.) werden die vorhandenen Risiken analysiert. In Auswertung der permanenten Analysen wird über weitere zu treffende Maßnahmen entschieden und damit zu einer stabilen Verbandsentwicklung beigetragen.

Thermalbad Wiesenbad OT Schönfeld, den 4. Juli 2025



Jörg Walther
Geschäftsführer

ABWASSERZWECKVERBAND "OBERES ZSCHOPAU- UND SEHMATAL", THERMALBAD WIESENBAD OT SCHÖNFELD
BILANZ ZUM 31. DEZEMBER 2024

AKTIVA

	31.12.2024 EUR	31.12.2023 EUR
A. ANLAGEVERMÖGEN		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		
Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	72.375,00	42.426,50
II. Sachanlagen		
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	3.663.048,51	1.890.964,96
2. Technische Anlagen und Maschinen	110.324.069,00	107.483.231,50
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	338.593,00	297.948,00
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	11.913.307,26	8.354.041,95
	<u>126.239.017,77</u>	<u>118.026.186,41</u>
	126.311.392,77	118.068.612,91
B. UMLAUFVERMÖGEN		
I. Vorräte		
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	56.303,72	53.075,01
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	1.310.259,79	1.712.527,68
2. Forderungen gegen Verbandsmitglieder	237.844,38	136.531,75
3. Sonstige Vermögensgegenstände	<u>314,92</u>	<u>281.988,85</u>
	1.548.419,09	2.131.048,28
III. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	<u>5.403.554,67</u>	<u>4.104.810,59</u>
	7.008.277,48	6.288.933,88
C. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN	<u>30.537,22</u>	<u>32.115,50</u>
	<u>133.350.207,47</u>	<u>124.389.662,29</u>

PASSIVA

	31.12.2024 EUR	31.12.2023 EUR
A. EIGENKAPITAL		
I. Kapitalrücklage	10.640.480,28	8.632.293,55
II. Gewinnrücklagen		
Andere Gewinnrücklagen	2.976.856,48	2.976.856,48
III. Gewinnvortrag	16.354.467,75	15.070.254,14
IV. Jahresgewinn	<u>1.618.393,92</u>	<u>1.284.213,61</u>
	31.590.198,43	27.963.617,78
B. SONDERPOSTEN FÜR INVESTITIONSZUSCHÜSSE, FÜR VERRECHENBARE ABWASSERABGABE, FÜR DIE UNENTGELTLICHE ÜBERNAHME VON GEGENSTÄNDEN DES ANLAGEVERMÖGENS UND FÜR STRAßENENTWÄSSERUNGSKOSTENANTEILE	65.885.580,66	62.784.627,69
C. EMPFANGENE ERTRAGSZUSCHÜSSE	3.643.186,22	987.399,00
D. RÜCKSTELLUNGEN		
1. Steuerrückstellungen	21.560,00	0,00
2. Sonstige Rückstellungen	<u>2.601.868,73</u>	<u>970.794,26</u>
	2.623.428,73	970.794,26
E. VERBINDLICHKEITEN		
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	25.534.850,79	26.672.592,42
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	695.491,98	357.351,37
3. Verbindlichkeiten gegenüber Verbandsmitgliedern	26.538,76	6.424,96
4. Sonstige Verbindlichkeiten	3.350.920,30	4.646.843,21
- davon aus Steuern: EUR 72.290,44 (Vorjahr: EUR 18.839,26)		
- davon im Rahmen der sozialen Sicherheit: EUR 993,60 (Vorjahr: EUR 957,61)		
	<u>29.607.801,83</u>	<u>31.683.211,96</u>
F. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN	<u>11,60</u>	<u>11,60</u>
	<u>133.350.207,47</u>	<u>124.389.662,29</u>

ABWASSERZWECKVERBAND "OBERES ZSCHOPAU- UND SEHMATAL", THERMALBAD WIESENBAD OT SCHÖNFELD

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG FÜR DAS WIRTSCHAFTSJAHR 2024

	2024 EUR	2023 EUR
1. Umsatzerlöse	10.307.147,75	8.730.889,53
2. Sonstige betriebliche Erträge	<u>254.571,96</u>	<u>518.215,14</u>
	10.561.719,71	9.249.104,67
3. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	-245.662,90	-256.917,85
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	<u>-1.449.334,23</u>	<u>-1.338.939,78</u>
	-1.694.997,13	-1.595.857,63
4. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	-1.476.213,56	-1.417.229,71
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	-364.809,67	-323.803,29
- davon für Altersversorgung: EUR 59.474,37 (Vorjahr: EUR 55.034,35)		
	<u>-1.841.023,23</u>	<u>-1.741.033,00</u>
5. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Zuwendungen der öffentlichen Hand	1.898.371,43	1.789.016,90
6. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-3.763.342,90	-3.487.737,72
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-3.165.901,39	-2.527.774,17
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	45.963,70	33.312,77
- davon aus der Abzinsung von Rückstellungen: EUR 4.805,00 (Vorjahr: EUR 4.757,00)		
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	<u>-364.396,54</u>	<u>-433.737,54</u>
- davon aus der Aufzinsung von Rückstellungen: EUR 0,00 (Vorjahr: EUR 38.010,00)		
10. Ergebnis nach Steuern	1.676.393,65	1.285.294,28
11. Sonstige Steuern	<u>-57.999,73</u>	<u>-1.080,67</u>
12. Jahresgewinn	<u><u>1.618.393,92</u></u>	<u><u>1.284.213,61</u></u>

**ABWASSERZWECKVERBAND „OBERES ZSCHOPAU- UND SEHMATAL“,
THERMALBAD WIESENBAD OT SCHÖNFELD**

ANHANG FÜR DAS WIRTSCHAFTSJAHR 2024

I. ALLGEMEINE ANGABEN UND ERLÄUTERUNGEN ZUM JAHRESABSCHLUSS

Der Abwasserzweckverband „Oberes Zschopau- und Sehmatal“ hat seinen Sitz in Thermalbad Wiesenbad OT Schönfeld.

Der Geschäftsführer hat für den Schluss eines jeden Wirtschaftsjahres einen Jahresabschluss, bestehend aus der Bilanz, der Gewinn- und Verlustrechnung und dem Anhang sowie einen Lagebericht aufzustellen (§ 31 SächsEigBVO).

Der Jahresabschluss des Zweckverbandes für das Wirtschaftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2024 wurde nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches in Verbindung mit der SächsEigBVO erstellt.

Die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung wurden nach den Bestimmungen der §§ 266, 275 HGB gegliedert und entsprechend der Sächsischen Eigenbetriebsverordnung an die Gegebenheiten des Verbandes angepasst und erweitert.

Für die Gewinn- und Verlustrechnung wurde das Gesamtkostenverfahren angewendet (§§ 275, 277, 278 HGB; § 28 SächsEigBVO).

Die Verbandsversammlung hat am 20. September 2023 dem Abschluss des Vertrages zur Übertragung der Aufgabe und der Anlagen der öffentlichen Abwasserbeseitigung in der Stadt Jöhstadt auf den Abwasserzweckverband "Oberes Zschopau- und Sehmatal" und damit dem Beitritt der Stadt Jöhstadt zum AZV sowie der Übernahme der Aufgabe der öffentlichen Abwasserbeseitigung gemäß § 50 SächsWG zugestimmt.

Der Beitritt der Stadt Jöhstadt wurde zum 1. Januar 2024 vollzogen. Entsprechend Abschnitt II des Vertrages zur Übertragung der Aufgabe und der Anlagen der öffentlichen Abwasserbeseitigung in der Stadt Jöhstadt auf den Abwasserzweckverband "Oberes Zschopau- und Sehmatal" überträgt die Stadt Jöhstadt das Eigentum und sämtliche zu ihren Gunsten

bestehenden Rechte an den ihr gehörenden sowie von ihr unterhaltenen öffentlichen Abwasseranlagen (gesamtes Anlagen-Netz) an den AZV. Sämtliche Vermögensgegenstände sowie sonstige Passiva wurden zum 1. Januar 2024 übernommen. Die Übertragung erfolgte zu Buchwerten.

II. BILANZIERUNGS- UND BEWERTUNGSVORSCHRIFTEN

Die folgenden Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden des Vorjahresabschlusses wurden angewandt:

Anlagevermögen

Die immateriellen Vermögensgegenstände sowie das Sachanlagevermögen wurden mit den Anschaffungs- oder Herstellungskosten, vermindert um die bisher aufgelaufenen und im Wirtschaftsjahr 2024 planmäßig fortgeführten Abschreibungen, bewertet.

Die Abschreibungen erfolgten nach der linearen Methode. Die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer der Vermögensgegenstände wurde in Anlehnung an die steuerrechtlichen Abschreibungstabellen sowie nach den Gegebenheiten des Verbandes festgelegt.

Die Jahresabschreibung wurde pro rata temporis vorgenommen. Bei der Bewertung der geringwertigen Wirtschaftsgüter bis 800,00 € netto wurde im Wirtschaftsjahr gemäß § 6 (2) EStG die sofortige Abschreibung realisiert. Ein Sammelposten für geringwertige Wirtschaftsgüter bis 1.000,00 € wurde 2024 nicht gebildet.

Investitionszuschüsse in Form von Fördermitteln des Freistaates Sachsen und von den Kommunen zu tragende Kostenanteile wurden als Sonderposten passiviert. Baukostenzuschüsse sind als empfangene Ertragszuschüsse erfasst.

Umlaufvermögen

Vorräte wurden mit den Anschaffungskosten bewertet.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände sind zu Nominalbeträgen, vermindert um angemessene Einzelwert- (83,6 T€) bzw. Pauschalwertberichtigungen (27,3 T€), angesetzt.

Noch bestehende Forderungen aus Abwasserbeiträgen für Anschlussnehmer im Ortsteil Thermalbad Wiesenbad sowie Ortsteil Geyersdorf wurden aufgrund der voraussichtlichen Uneinbringlichkeit vollständig wertberichtigt.

Der Kassenbestand sowie Guthaben bei Kreditinstituten sind zum Nennwert bewertet.

Passiva

Eigenkapital

Die Kapitalrücklage umfasst Kapitalzuschüsse der Sächsischen Aufbaubank (SAB) aus den Jahren 2011, 2012, 2017, 2018, 2019, 2020, 2021, 2022 und 2023 (7.240,0 T€) sowie Beiträge der Mitgliedskommunen Thermalbad Wiesenbad und Geyersdorf (1.392,3 T€), die zur Stärkung des Eigenkapitals bestimmt sind.

Zum 1. Januar 2024 sind zum einen die Kapitalrücklage im Zusammenhang mit dem Beitritt der Stadt Jöhstadt zum Verband (667,6 T€) und zum anderen die Beiträge der Stadt Jöhstadt (1.340,6 T€) hinzugekommen.

Die anderen Gewinnrücklagen (für eigene Anteile) wurden aus der Vermögensübernahme des Rechtsvorgängers (Trink- und Abwasserverband Mittleres Erzgebirge) gebildet.

Sonderposten

Die Sonderposten gliedern sich in

- a) Sonderposten für Investitionszuschüsse der durchgeführten Investitionen,
- b) Sonderposten für die den AZV von Bauträgern / Kommunen unentgeltlich überlassenen abwassertechnischen Anlagen im Rahmen der Erschließung von Wohngebieten sowie der Kläranlage Brettmühle (Königswalde) und Sonstige
- c) Sonderposten für verrechenbare Abwasserabgabe aufgrund von Investitionsaufwendungen zur Verringerung der Schmutzlast der zu reinigenden Gewässer
- d) Sonderposten für Straßenentwässerungskostenanteile und

Die Auflösung der Sonderposten erfolgt entsprechend der Nutzungsdauer der betreffenden Anlagegegenstände.

Zu a)

Der Sonderposten für Investitionszuschüsse der durchgeführten Investitionen enthält ab 1. Januar 2024 die Investitionszuschüsse der Stadt Jöhstadt aufgrund des Beitritts zum Verband.

Zu c)

Solange die Verrechnung per Bescheid nicht vorliegt, ist die Rechtsgrundlage für die Bildung der Sonderposten nicht gegeben. Bislang liegen nur teilweise Bescheide zur Verrechnung der Abwasserabgabe vor.

Empfangene Ertragszuschüsse

Unter den empfangenen Ertragszuschüssen werden Baukostenzuschüsse passiviert und analog der Nutzungsdauer der entsprechenden Vermögensgegenstände aufgelöst.

Ebenfalls enthalten sind die Baukostenzuschüsse der Schönfelder Papierfabrik GmbH am Projekt der Modernisierung und Erweiterung der ZKA Schönfeld, 4. Ausbaustufe, entsprechend dem 4. Nachtrag zum öffentlichen Vertrag für die Abwasserbeseitigung.

Rückstellungen

Die Rückstellungen berücksichtigen alle bis zur Bilanzerstellung bekannt gewordenen ungewissen Schulden, Verluste und Risiken, die das abgelaufene Wirtschaftsjahr betreffen. Die Rückstellungen wurden mit dem nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrag angesetzt. Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr sind mit dem ihrer Restlaufzeit entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Wirtschaftsjahre abgezinst.

Die Rückstellung für Abwasserabgabe wird erst für den verrechenbaren Anteil in einen Sonderposten umgegliedert, wenn die Verrechnungsbescheide vorliegen.

Die Rückstellung für Klärschlamm Entsorgung / Kanalräumgut berücksichtigt die Kosten für die im Berichtsjahr angefallenen Mengen an Klärschlamm und Kanalräumgut, welche zwischengespeichert und somit noch zu entsorgen sind. Der AZV hat die in seiner Abwasserbehandlungsanlage anfallenden Klärschlämme nach § 3 Abs. 1 Klärschlammverordnung zu verwerten sowie das Kanalräumgut nach § 7 Kreislaufwirtschaftsgesetz zu verwerten bzw. zu entsorgen.

Die Rückstellung für Gebührenausschlag wurde für den Kalkulationszeitraum 2024 bis 2025 gebildet und entsprechend eingestellt.

Die Archivierungsrückstellung wird aufgrund der Höhe und der 8-jährigen Laufzeit abgezinst.

Die Rückstellung für Stromsteuer wird in 2024 aufgrund einer Gesetzesänderung zum 1. Januar 2024 erstmals gebildet.

Verbindlichkeiten

Verbindlichkeiten sind zu Erfüllungsbeträgen angesetzt.

III. ANGABEN ZU DEN EINZELNEN POSITIONEN DER BILANZ UND GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

Die Entwicklung des Bruttoanlagevermögens sowie die Abschreibungen des Wirtschaftsjahres für die Einzelposten des Anlagevermögens ergeben sich aus Anlage II, Seite 14.

Die Forderungen gegen Verbandsmitglieder betreffen in Höhe von 153,6 T€ Straßenentwässerungskostenanteile und § 19 Umlagen, und in Höhe von 45,2 T€ sonstige Forderungen aus Lieferungen und Leistungen und in Höhe von 39,0 T€ Forderungen aus der Verbrauchsabrechnung (Abwassergebühren).

Die Rückstellungen betreffen:

Rückstellung	Stand am 01.01.2024	Inanspruch- nahme / Um- gliederung	Auflösung	Zugang	Auf-/ Abzin- sung	Stand am 31.12.2024
	€	€	€	€	€	€
Gebührenaussgleich	0,00	0,00	0,00	1.632.605,00	0,00	1.632.605,00
Abwasserabgabe*1)	469.237,38	285.460,74	2.065,86	280.430,00	0,00	462.140,78
Klärschlamm Entsorgung / Kanalräumgut	78.000,00	0,00	0,00	2.000,00	0,00	80.000,00
Archivierungskosten	110.850,00	0,00	0,00	19.890,00	-2.090,00	128.650,00
Gebührenrückzahlung	80.557,30	80.557,30	0,00	88.676,53	0,00	88.676,53
Zinsen Rechtsstreit B95 ARGE	91.575,00	0,00	0,00	9.740,00	-2.123,00	99.192,00
Instandhaltungen	61.579,58	61.579,58	0,00	24.782,42	0,00	24.782,42
Prozesskosten	17.500,00	9.563,36	0,00	24.063,36	0,00	32.000,00
Urlaub	27.885,00	27.885,00	0,00	17.427,00	0,00	17.427,00
Abschluss und Prüfung inkl. örtlicher Prüfung	15.020,00	14.152,82	867,18	16.775,00	0,00	16.775,00
Erstellung Erklärung Abwasser	15.120,00	15.120,00	0,00	15.120,00	0,00	15.120,00
Bereitstellung Ablesedaten ETW	3.500,00	3.443,27	56,73	4.500,00	0,00	4.500,00
Stromsteuer	0,00	0,00	0,00	15.760,00	0,00	15.760,00
Umsatzsteuer	0,00	0,00	0,00	5.800,00	0,00	5.800,00
	970.794,26	497.762,07	2.989,77	2.157.569,31	-4.213,00	2.623.428,73

*1) Die Rückstellung für die Abwasserabgabe enthält die Verpflichtung im Zusammenhang mit der Einleitung von Abwässern, gemäß Abwasserabgabengesetz. Für die Jahre 2018 bis einschließlich 2023 sind teilweise Bescheide vom Regierungspräsidium erteilt und die Verrechnung konnte teilweise vorgenommen werden. Mit Fertigstellung der flächigen abwassertechnischen Erschließung ist eine Verrechnung nur noch in Ausnahmefällen möglich.

Feststellungsbescheide für Abwasser liegen bis 2018 und für die Jahre 2020 und 2021 sowie teilweise für 2019, 2022 und 2023 vor.

Teilbeträge der Jahre 2019, 2022 und 2023 sind weiterhin verrechenbar.

Für die Jahresscheibe 2024 werden die Abwasserabgaben auf 280,43 T€ geschätzt.

Verbindlichkeiten

Die in der Bilanz ausgewiesenen Verbindlichkeiten haben folgende Restlaufzeiten (Klammerangaben betreffen das Vorjahr):

	Gesamtbetrag 31.12.2024	Davon mit einer Restlaufzeit		
		bis zu einem Jahr	über einem Jahr	Von mehr als fünf Jahren
	€	€	€	€
Verbindlichkeiten gegenüber Kre- ditinstituten	25.534.850,79 (26.672.592,42)	1.246.002,61 (2.399.629,37)	24.288.848,18 (24.272.963,05)	19.591.267,39 (19.602.802,30)
Verbindlichkeiten aus Lieferun- gen und Leis- tungen	695.491,98 (357.351,37)	695.491,98 (357.351,37)	0,00 (0,00)	0,00 (0,00)
Verbindlichkeiten gegenüber Ver- bandsmitglie- dern	26.538,76 (6.424,96)	26.538,76 (6.424,96)	0,00 (0,00)	0,00 (0,00)
Sonstige Verbind- lichkeiten	3.350.920,30 (4.646.843,21)	1.824.899,30 (1.657.136,50)	1.526.021,00 (2.989.706,71)	0,00 (0,00)
Summe	29.607.801,83 (31.683.211,96)	3.792.932,65 (4.420.542,20)	25.814.869,18 (27.262.669,76)	19.591.267,39 (19.602.802,30)

Der Gesamtbetrag der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten beträgt am 31. Dezember 2024 25.534.850,79 €. Es handelt sich um

	T€
- Kreditaufnahme bei der Erzgebirgssparkasse in Höhe von	13.197,4
- Kreditaufnahme bei der SAB in Höhe von	10.599,3
- Kreditaufnahme bei der DKB in Höhe von	697,5
- Kreditaufnahme bei der Commerzbank in Höhe von	1.040,8

Die Verbindlichkeiten gegenüber Verbandsmitgliedern beinhalten 9.481,67 € zum Ausgleich von Gebührenunterdeckungen aus 2023 und darüber hinaus im Wesentlichen Gutschriften aus der Verbrauchsabrechnung.

Erlöse

	2024	2023	2022	2021
	T€	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	10.307,1	8.730,9	9.198,8	8.576,8
Sonstige betriebliche Erträge	254,6	518,2	229,4	258,6
Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Zuwendungen der öffentlichen Hand	1.898,4	1.789,0	1.818,8	1.882,4
Summe der Erträge	12.460,1	11.038,1	11.247,0	10.717,8

Zusammensetzung Umsatzerlöse:

Gebühren Abwasserentsorgung	8.518,9	7.357,5	7.320,1	7.377,5
Abnahme Klärschlamm/Dünnschlamm	127,1	93,7	113,2	109,3
Straßenentwässerungsgebühren	633,0	521,0	531,4	508,3
Abwasser Schönfelder Papierfabrik	933,1	790,0	831,0	914,6
Erlöse Kleininleiterabgabe	2,9	0,5	3,2	5,2
Erlöse/Aufwand Gebührenüberdeckung*	-167,4	-326,8	169,3	-558,5
Erlöse aus der Weiterberechnung	80,4	87,8	12,7	3,6
Erlöse aus der Anlagenbetreuung	68,6	90,2	114,5	115,5
Sonstige Umsatzerlöse:	110,5	117,0	103,4	101,3

* Gemäß Erlass des Sächsischen Staatsministeriums des Inneren vom 18. April 2012 wird die Bildung und spätere Inanspruchnahme der Rückstellung/Verbindlichkeit für die Ausgleichsverpflichtung in der Gewinn- und Verlustrechnung jeweils unter dem Posten „Umsatzerlöse“ erfasst.

Sonstige betriebliche Erträge

In den sonstigen betrieblichen Erträgen sind im Wesentlichen Erträge aus der Auflösung für verrechenbare Abwasserabgabe, Straßenentwässerungskostenanteile und für die unentgeltliche Übernahme von Gegenständen des Anlagevermögens in Höhe von 220,4 T€, Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen in Höhe von 3,0 T€, Erträge aus Herabsetzung der Pauschalwertberichtigung in Höhe von 6,9 T€, Erträge aus dem Abgang / Korrektur von Sonderposten in Höhe von 15,8 T€ und Erträge aus Sachanlagenverkäufe abzügl. des Restbuchwerts in Höhe von 2,1 T€.

Außerdem beinhalten die sonstigen betrieblichen Erträge periodenfremde Erträge in Höhe von insgesamt 3,1 T€ und betreffen u. a. Abwassergebühren für Hochbehälter von 2023 sowie Versicherungserstattungen.

Sonstige betriebliche Aufwendungen

In den sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind u. a. periodenfremde Aufwendungen in Höhe von 4,0 T€ enthalten. Hierbei handelt es sich im Wesentlichen um Aufwendungen in Höhe von 1,9 T€ für Kanalertüchtigung aus dem Vorjahr sowie von 0,6 T€ für Rückzahlungen aus Pfändungen aus 2022.

IV. SONSTIGE ANGABEN

Angaben zu den Organen des Verbandes

Oberstes Verbandsorgan ist die Verbandsversammlung.

Mitglieder des Verwaltungsrates 2024:

Vorsitzender: Herr Sebastian Martin (Bürgermeister)

Stellvertreter: Herr Michael Staib (Bürgermeister)

Weitere Verwaltungsratsmitglieder:

 Herr Rolf Schmidt (Oberbürgermeister) und

 Herr Thomas Mey (Bürgermeister)

Zum Geschäftsführer war im Wirtschaftsjahr 2024 Herr Jörg Walther, Schlettau, bestellt.

Gemäß § 286 Abs. 4 HGB in Verbindung mit § 31 Abs. 1 SächsEigBVO wird von dem Wahlrecht der Unterlassung von Angaben zu den Bezügen der Geschäftsführung Gebrauch gemacht.

Angaben zu den Arbeitnehmern

Im Verband wurden im Jahresdurchschnitt 30 Mitarbeiter beschäftigt (§ 267 Abs. 5 HGB).

Die Belegschaft teilt sich zum Jahresende auf in

- 4 leitende Angestellte
- 18 gewerblich-/tätige Arbeitnehmer und
- 10 Angestellte

Prokuren sind keine erteilt.

Zum Jahresende waren insgesamt 33 Mitarbeiter beschäftigt, davon 1 Auszubildende.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen des Verbandes

Zum 31. Dezember 2024 waren zusätzlich zu den bereits bilanzierten Baumaßnahmen Investitionsmaßnahmen um Umfang von 6.560 T€ in Auftrag gegeben.

Zum Stichtag bestanden sonstige finanzielle Verpflichtungen aus Leasingverträgen sowie Mietverträgen im geschäftsüblichen Umfang.

Die Kosten für Gebühreneinzug sind enthalten und betragen pro Jahr ca. 138 T€.

Darüber hinaus bestehen sonstige finanzielle Verpflichtungen aus den für die Realisierung geplanter Investitionsmaßnahmen abgeschlossenen Ingenieurverträgen im geschäftsüblichen Umfang.

Ergebnisverwendung

Es wird vorgeschlagen, den Jahresgewinn in Höhe von 1.618.393,92 € auf neue Rechnung vorzutragen.

Nachtragsbericht

Durch weiterhin rückläufige Bevölkerungszahlen ist von sinkenden Abwassermengen auszugehen, welche Auswirkungen auf die Gebührenvolumen haben werden.

Ebenfalls sind Auswirkungen auf das Darlehensportfolio auf Grund der Zinsentwicklung zu erkennen. Durch den Wegfall von wesentlichen Förderbedingungen werden sich auch Auswirkungen auf die Investitionsumfänge und der daraus resultierenden Gebührenhöhe ergeben.

Weitere Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Schluss des Wirtschaftsjahres eingetreten und weder in der Gewinn- und Verlustrechnung noch in der Bilanz berücksichtigt sind, haben sich nicht ergeben.

Thermalbad Wiesenbad OT Schönfeld, den 4. Juli 2025



Jörg Walther
Geschäftsführer

ENTWICKLUNG DES ANLAGEVERMÖGENS IM WIRTSCHAFTSJAHR 2024

	ANSCHAFFUNGS- UND HERSTELLUNGSKOSTEN					KUMULIERTE ABSCHREIBUNGEN				NETTOBUCHWERTE	
	1. Jan. 2024 EUR	Zugänge EUR	Umbuchungen EUR	Abgänge EUR	31. Dez. 2024 EUR	1. Jan. 2024 EUR	Zugänge EUR	Abgänge EUR	31. Dez. 2024 EUR	31. Dez. 2024 EUR	31. Dez. 2023 EUR
IMMATERIELLE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE											
Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	190.276,98	42.630,86	0,00	1.375,56	231.532,28	147.850,48	12.681,86	1.375,06	159.157,28	72.375,00	42.426,50
SACHANLAGEN											
Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	2.351.330,81	132.770,39	1.672.727,11	147,84	4.156.680,47	460.365,85	33.266,11	0,00	493.631,96	3.663.048,51	1.890.964,96
Technische Anlagen und Maschinen	176.131.561,25	3.919.953,22	2.548.077,84	128.391,86	182.471.200,45	68.648.329,75	3.617.192,56	118.390,86	72.147.131,45	110.324.069,00	107.483.231,50
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	806.691,55	153.527,17	1.002,20	23.473,90	937.747,02	508.743,55	100.202,37	9.791,90	599.154,02	338.593,00	297.948,00
Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	<u>8.354.041,95</u>	<u>7.792.742,33</u>	<u>-4.221.807,15</u>	<u>11.669,87</u>	<u>11.913.307,26</u>	<u>0,00</u>	<u>0,00</u>	<u>0,00</u>	<u>0,00</u>	<u>11.913.307,26</u>	<u>8.354.041,95</u>
	<u>187.643.625,56</u>	<u>11.998.993,11</u>	<u>0,00</u>	<u>163.683,47</u>	<u>199.478.935,20</u>	<u>69.617.439,15</u>	<u>3.750.661,04</u>	<u>128.182,76</u>	<u>73.239.917,43</u>	<u>126.239.017,77</u>	<u>118.026.186,41</u>
	<u>187.833.902,54</u>	<u>12.041.623,97</u>	<u>0,00</u>	<u>165.059,03</u>	<u>199.710.467,48</u>	<u>69.765.289,63</u>	<u>3.763.342,90</u>	<u>129.557,82</u>	<u>73.399.074,71</u>	<u>126.311.392,77</u>	<u>118.068.612,91</u>

RECHTLICHE UND WIRTSCHAFTLICHE VERHÄLTNISSE

Rechtliche Verhältnisse

- Firma Abwasserzweckverband "Oberes Zschopau- und Sehmatal"

- Gründung 2. Mai 1991

Die Satzung wurde vom Landratsamt am 30. März 1992 genehmigt und in den amtlichen Nachrichten des Landkreises Annaberg-Buchholz am 15. April 1992 veröffentlicht. Das Regierungspräsidium Chemnitz hat am 5. Mai 1993 die Zustimmung zur Bildung des AZV erteilt.

Im Jahr 2001 fand eine Sicherheitsgründung statt. Die Bekanntmachung der Rechtsaufsichtsbehörde erfolgte am 15. August 2001 im Sächsischen Amtsblatt.

- Sitz Thermalbad Wiesenbad OT Schönfeld

- Verbandsmitglieder
 - Verbandsmitglieder sind gemäß § 2 der Verbandssatzung:
 - Stadt Annaberg-Buchholz
 - Stadt Geyer
 - Stadt Scheibenberg
 - Stadt Schlettau
 - Gemeinde Sehmatal
 - Gemeinde Crottendorf
 - Gemeinde Königswalde
 - Gemeinde Tannenberg
 - Gemeinde Thermalbad Wiesenbad
 - Stadt Jöhstadt (seit 1. Januar 2024)
 - Das Verbandsgebiet umfasst das Gebiet der Verbandsmitglieder, mit Ausnahme der in der Anlage 1 und 2 zur Verbandssatzung aufgeführten Flurstücke der Stadt Geyer (§ 3 Verbandssatzung).
- Verbandssatzung
 - Gültig i. d. F. vom 20. September 2023, welche am 1. Januar 2024 in Kraft trat.
- Wirtschaftsjahr
 - Kalenderjahr
- Aufgaben
 - Gemäß § 4 der Verbandssatzung obliegt dem Zweckverband in seinem Verbandsgebiet die öffentliche Aufgabe der Abwasserbeseitigung. Er ist damit Abwasserbeseitigungspflichtiger gem. § 56 WHG i. V. m. § 50 Abs. 1 SächsWG.
- Organe
 - Gemäß § 7 Abs. 1 der Verbandssatzung:
 - Verbandsversammlung
 - Verwaltungsrat
 - Verbandsvorsitzende/r

– **Verbandsversammlung**

Gemäß § 9 der Verbandssatzung ist die **Verbandsversammlung** das Hauptorgan des Verbandes. Sie legt die Grundsätze für dessen Tätigkeit fest und entscheidet über die durch Gesetz oder Satzung zugewiesenen Angelegenheiten. Die **Verbandsversammlung** setzt sich aus den Bürgermeistern der Verbandsmitglieder sowie weiteren Vertretern, deren Anzahl sich nach § 8 Abs. 1 der Verbandssatzung bestimmt, zusammen.

– **Verwaltungsrat**

Gemäß § 12 der Verbandssatzung ist der **Verwaltungsrat** insbesondere für Angelegenheiten zuständig, die ihm durch Beschluss von der **Verbandsversammlung** zur Entscheidung übertragen sind. Er ist insbesondere zuständig für die Vorbereitung der Sitzungen und der Beschlussangelegenheiten der **Verbandsversammlung** sowie die eigenständige Beschlussfassung im Rahmen der satzungsmäßig festgelegten Zuständigkeiten.

Der **Verwaltungsrat** besteht aus dem **Verbandsvorsitzenden**, einem Stellvertreter und weiteren zwei Mitgliedern. Im Berichtsjahr bestand der **Verwaltungsrat** aus folgenden Mitgliedern:

- Herr Sebastian Martin (Vorsitzender, Bürgermeister von Crottendorf)
- Herr Michael Staib (Stellvertreter des **Verbandsvorsitzenden**, Bürgermeister von Scheibenberg)
- Herr Rolf Schmidt (Oberbürgermeister von Annaberg-Buchholz)
- Herr Thomas Mey (Bürgermeister von Thermalbad Wiesbaden)

- **Verbandsvorsitzender**

Der Verbandsvorsitzende wird von der Verbandsversammlung aus ihrer Mitte gewählt und muss gesetzlicher Vertreter des Verbandsmitglieds sein. Der Verbandsvorsitzende ist der gesetzliche Vertreter des Verbandes und für die Geschäfte der laufenden Verwaltung des Zweckverbandes verantwortlich.

In 2024 war Herr Sebastian Martin Verbandsvorsitzender.
- **Geschäftsführer**

Zum Geschäftsführer war im Berichtsjahr 2024 Herr Jörg Walther, Schlettau, bestellt.
- **Beschlüsse zum Vorjahresabschluss**

Der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2023, der einen uneingeschränkten Bestätigungsvermerk trägt, wurde von der Verbandsversammlung am 13. November 2024 festgestellt. Der Jahresgewinn in Höhe von EUR 1.284.213,61 wurde auf neue Rechnung vorgetragen.

Wirtschaftliche Verhältnisse

1. Gegenstand des Verbandes

Gegenstand des Verbandes ist die Durchführung der öffentlichen Aufgabe der Abwasserentsorgung im Verbandsgebiet.

Die Grundlagen der Aufgabenerledigung sind jeweils in der aktuellen Satzung über die öffentliche Abwasserbeseitigung geregelt.

Ferner wurde mit Beschluss vom 23. Mai 2012 die Satzung über die Erhebung einer Abgabe zur Abwälzung der Abwasserabgabe für Kleineinleitungen beschlossen. Die Veröffentlichung im Amtsblatt des AZV erfolgte am 13. Juni 2012. Die erste Satzung zur Änderung über die Erhebung einer Abgabe zur Abwälzung der Abwasserabgabe für Kleineinleitungen wurde am 12. November 2014 beschlossen und ist nach wie vor gültig.

2. Verträge von besonderer Bedeutung

- Vertrag zum Gebühreneinzug Abwasser mit ETW vom 14. November / 6. Dezember 2006

Der AZV hat sämtliche Aufgaben im Zusammenhang mit der Gebührenerhebung an die ETW übertragen. Diese übernimmt den Versand der Gebührenbescheide, den Gebühreneinzug, die Abrechnung der Kunden sowie einen Teil des Mahnwesens. Der Vertrag läuft ein Jahr und verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, wenn nicht bis zum Ablauf des 30. September des laufenden Jahres gekündigt wird.

- Vertrag über die Abwasserbeseitigung mit der Schönfelder Papierfabrik GmbH, Annaberg-Buchholz, vom 22. Juli 1998

Im Vertrag ist die Behandlung aller auf dem Unternehmensgelände der Schönfelder Papierfabrik GmbH, Annaberg-Buchholz, anfallenden Produktionsabwässer geregelt. Insbesondere geht der Vertrag der allgemeinen Gebührensatzung vor. Durch den Vertrag ist die Schönfelder Papierfabrik GmbH, Annaberg-Buchholz, berechtigt und verpflichtet, sämtliche Produktionsabwässer durch eine unternehmenseigene Leitung in die zentrale Kläranlage Schönfeld

zu leiten. Der AZV verpflichtet sich zur Behandlung der Abwässer, sofern vertraglich festgelegte Mengen, Beschaffenheit und Schmutzfracht eingehalten werden. Der AZV erhält von der Schönfelder Papierfabrik GmbH, Annaberg-Buchholz, die für die Behandlung der Abwässer anfallenden anteiligen Betriebskosten auf Grundlage der eingeleiteten Schmutzfrachtmengen bzw. Abwassermengen. Der Vertrag hatte eine Laufzeit bis zum 31. Dezember 2009. Er verlängerte sich um zehn Jahre. Im Zusammenhang mit der Erweiterung der ZKA Schönfeld, dritte Ausbaustufe, wurde der bestehende Vertrag durch einen ersten Nachtrag vom 21. Dezember 2010 und einen zweiten Nachtrag vom 4. Juli 2011 ergänzt. Aufgrund von Kapazitätserweiterungen wurde der Vertrag am 17. März 2016 mit dem 3. Nachtrag und am 14. Dezember 2022 mit dem 4. Nachtrag erweitert.

- Vertrag zur Übertragung der Aufgabe und der Anlagen der öffentlichen Abwasserbeseitigung in der Stadt Jöhstadt auf den Abwasserzweckverband "Oberes Zschopau- und Sehmatal", Annaberg-Buchholz, vom 10. November 2023

Zwischen dem AZV und der Stadt Jöhstadt wurde am 10. November 2023 der Vertrag notariell beurkundet, welcher den Beitritt der Stadt Jöhstadt zum Abwasserzweckverband "Oberes Zschopau- und Sehmatal" sowie die Aufgabenübernahme regelt. Als Beitrittszeitpunkt wurde der 1. Januar 2024 festgelegt. Die Verbandssatzung des AZV wurde dahingehend angepasst. Die Zustimmung der Verbandsversammlung erfolgte in der Sitzung am 20. September 2023.

3. Stand und Entwicklung des Personals

Im Verband wurden im Jahresdurchschnitt 30 Mitarbeiter beschäftigt (§ 267 Abs. 5 HGB).

Die Belegschaft teilt sich zum Jahresende auf in

- 4 leitende Angestellte
- 17 gewerblich-/tätige Arbeitnehmer und
- 9 Angestellte.

**AUFGLIEDERUNGEN UND ERLÄUTERUNGEN DER POSTEN DES JAHRESABSCHLUSSES
ZUM 31. DEZEMBER 2024**

BILANZ

A K T I V A

A.	Anlagevermögen	2
B.	Umlaufvermögen	5
C.	Rechnungsabgrenzungsposten	6

P A S S I V A

A.	Eigenkapital	7
B.	Sonderposten für Investitionszuschüsse, für verrechenbare Abwasserabgabe, für die unentgeltliche Übernahme von Gegenständen des Anlagevermögens und für Straßenentwässerungskostenanteile	8
C.	Empfangene Ertragszuschüsse	9
D.	Rückstellungen	10
E.	Verbindlichkeiten	11
F.	Rechnungsabgrenzungsposten	12

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG	13
------------------------------------	-----------

BILANZ

AKTIVA

A. Anlagevermögen

	EUR	126.311.392,77
Vorjahr	EUR	118.068.612,91

I. Immaterielle Vermögensgegenstände

	EUR	72.375,00
Vorjahr	EUR	42.426,50

**Entgeltlich erworbene Konzessionen,
gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte
und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten
und Werten**

	EUR	72.375,00
Vorjahr	EUR	42.426,50

	31.12.2024 EUR	31.12.2023 EUR
EDV	42.814,00	11.423,50
Entgeltlich erworbene Rechte	29.561,00	31.003,00
	<u>72.375,00</u>	<u>42.426,50</u>

Entwicklung:

	EUR
Stand 01.01.2024	42.426,50
Zugänge	42.630,86
Abgänge	0,50
Abschreibungen	-12.682,86
Stand 31.12.2024	<u>72.375,00</u>

Die Zugänge umfassen ein Dokumentenmanagementsystem (TEUR 31) sowie Softwarelizenzen (TEUR 11).

II. Sachanlagen

	EUR	126.239.017,77
Vorjahr	EUR	118.026.186,41

Zusammensetzung:

	31.12.2024 EUR	31.12.2023 EUR
Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken		
• Grundstücke	622.292,82	508.217,92
• Grundstücke KA Wiesenbad	71.978,19	71.978,19
• Grundstücke Übernahme RZE	53.908,98	53.908,98
• Grundstücksgleiche Rechte	581.985,52	563.437,87
• Bauliche Anlagen Gebäude ZKA	2.181.223,00	536.962,00
• Bauliche Anlagen Gebäude KA Crottendorf	136.965,00	140.462,00
• Außenanlagen	14.695,00	15.998,00
	<u>3.663.048,51</u>	<u>1.890.964,96</u>
Technische Anlagen und Maschinen		
• Abwasseranlagen	94.158.653,50	94.152.265,50
• Bauliche Anlagen / Gebäudetechnik	6.849.421,00	7.301.651,50
• Abwasseranlagen Jöhstadt	3.527.102,00	0,00
• Hausanschlüsse	2.725.719,00	2.737.172,00
• Abwasseranlagen Thermalbad Wiesenbad	1.585.796,00	1.686.590,00
• Abwasseranlagen Gemeinde Geyersdorf	934.707,50	971.182,00
• Maschinentechnik	261.211,50	459.120,00
• Elektrotechnik	96.648,50	122.640,50
• PV-Anlagen	184.810,00	52.610,00
	<u>110.324.069,00</u>	<u>107.483.231,50</u>
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung		
• Hardware	53.386,00	43.598,00
• Betriebs- und Geschäftsausstattung	274.477,00	241.973,50
• Kfz	10.626,00	12.187,00
• Büroeinrichtung	78,50	163,50
• Geringwertige Wirtschaftsgüter	25,50	26,00
	<u>338.593,00</u>	<u>297.948,00</u>
Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	<u>11.913.307,26</u>	<u>8.354.041,95</u>
	<u>126.239.017,77</u>	<u>118.026.186,41</u>

Entwicklung:

	EUR
Stand 01.01.2024	118.026.186,41
Zugänge	11.998.993,11
Abgänge	-35.500,71
Abschreibungen	-3.750.661,04
Stand 31.12.2024	<u>126.239.017,77</u>

Die Sachanlagenzugänge betreffen:

	EUR	EUR
<u>Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten</u> <u>einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken</u>		
• Flurstück 1605/1 RÜB Sehmatalstraße, Annaberg	80.249,00	
• Grundstücke Jöhstadt	33.825,90	
• Grundstücksgleiche Rechte - Grunddienstbarkeiten	<u>18.695,49</u>	132.770,39
<u>Technische Anlagen und Maschinen</u>		
• Abwasseranlage Jöhstadt	3.728.763,71	
• Grundstücksanschlüsse Jöhstadt	82.076,50	
• Hausanschlüsse	58.146,38	
• Abwassertechnische Anlagen	43.859,90	
• Mischwasserkanal	5.256,09	
• Pumpwerke Jöhstadt	1.510,00	
• Grundstücksanschlüsse	<u>340,64</u>	3.919.953,22
<u>Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung</u>		
• Geschäftsausstattung	46.094,89	
• Geringwertige Wirtschaftsgüter	39.391,41	
• Betriebsausstattung	31.892,65	
• Hardware	22.115,09	
• Sonstige Transportmittel	14.032,13	
• BGA Jöhstadt	<u>1,00</u>	153.527,17
<u>Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau</u>		
• Erweiterung ZKA, 4. Ausbaustufe	5.375.932,73	
• BA Paulus-Jenisius-Straße, Annaberg-Buchholz	785.856,89	
• Erschließung Gewerbestandort Alte Poststraße, Annaberg-Buchholz	745.991,61	
• RW-Kanal Crottendorf, Annaberger Straße / Rathe- naustraße	333.535,30	
• Photovoltaikanlage ZKA	208.011,41	
• BA Bruno-Matthes-Straße, Annaberg-Buchholz	188.210,89	
• RW-Kanal Crottendorfer Straße, Neudorf	75.870,10	
• Photovoltaikanlage KA Crottendorf	57.327,92	
• Neubau Hausanschluss Feuerwehr Tannenberg	<u>22.005,48</u>	7.792.742,33
		<u>11.998.993,11</u>

Aus Sachanlagenabgängen ergaben sich folgende Buchgewinne/-verluste:

	Nettobuchwert EUR	Erlös EUR	Buchverlust EUR	Buchgewinn EUR
Multicar	13.681,00	14.032,13	0,00	351,13
Anlagen im Bau - Baunebenleistungen	11.669,87	0,00	11.669,87	0,00
RÜB Sehmatalstraße, Annaberg	8.000,00	0,00	8.000,00	0,00
RÜB Humpel	2.000,00	0,00	2.000,00	0,00
Sonstige	149,84	0,00	149,84	0,00
Zentrifuge	0,00	1.700,00	0,00	1.700,00
	<u>35.500,71</u>	<u>15.732,13</u>	<u>21.819,71</u>	<u>2.051,13</u>

B. Umlaufvermögen	EUR	7.008.277,48
Vorjahr	EUR	6.288.933,88
I. Vorräte	EUR	56.303,72
Vorjahr	EUR	53.075,01
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	EUR	56.303,72
Vorjahr	EUR	53.075,01

Der Bestand an Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen beinhaltet im Wesentlichen Chemikalien, Labormaterial, Havariebestand an Baugruppen sowie allgemeinen Betriebsbedarf.

II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	EUR	1.548.419,09
Vorjahr	EUR	2.131.048,28

1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	EUR	1.310.259,79
Vorjahr	EUR	1.712.527,68

	31.12.2024 EUR	31.12.2023 EUR
Sonstige Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	367.316,99	994.350,57
Forderungen aus Verbrauchsabrechnung (Abwassergebühren)	986.457,46	749.584,11
Forderungen aus Beiträgen	64.345,65	64.345,65
Forderungen aus Kleininleiterabgabe	3.000,00	2.800,00
Einzelwertberichtigungen	-83.589,31	-64.345,65
Pauschalwertberichtigung	-27.271,00	-34.207,00
	<u>1.310.259,79</u>	<u>1.712.527,68</u>

Die Einzelwertberichtigungen entwickelten sich insgesamt wie folgt:

	EUR
Stand 01.01.2024	64.345,65
Zuführung	19.243,66
Stand 31.12.2024	<u>83.589,31</u>

Auf die nicht einzelwertberichtigten Forderungen wurde wegen des allgemeinen Kreditrisikos eine Pauschalwertberichtigung von 2,0 % gebildet.

Im Berichtsjahr hat die Gesellschaft Forderungen von TEUR 3 ausgebucht.

2. Forderungen gegen Verbandsmitglieder

	EUR	237.844,38
Vorjahr	EUR	136.531,75
	31.12.2024	31.12.2023
	EUR	EUR
Straßenentwässerungskostenanteile/-gebühren	153.564,23	100.386,64
Forderungen aus der Verbrauchsabrechnung	39.046,20	30.518,02
Sonstige Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	45.233,95	5.627,09
	<u>237.844,38</u>	<u>136.531,75</u>

3. Sonstige Vermögensgegenstände

	EUR	314,92
Vorjahr	EUR	281.988,85
	31.12.2024	31.12.2023
	EUR	EUR
Debitorische Kreditoren	310,10	691,61
Forderungen gegen das Finanzamt		
• Umsatzsteuer	4,82	0,00
Fördermittel	0,00	281.297,24
	<u>314,92</u>	<u>281.988,85</u>

III. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks

	EUR	5.403.554,67
Vorjahr	EUR	4.104.810,59
	31.12.2024	31.12.2023
	EUR	EUR
Kassenbestand	172,91	266,26
Guthaben bei Kreditinstituten		
• Erzgebirgssparkasse	3.266.634,05	109.686,92
• Volksbank Chemnitz eG	1.775.318,30	3.770.054,39
• Deutsche Kreditbank AG	185.141,64	60.695,07
• Commerzbank AG	176.287,77	164.107,95
	<u>5.403.381,76</u>	<u>4.104.544,33</u>
	<u>5.403.554,67</u>	<u>4.104.810,59</u>

C. Rechnungsabgrenzungsposten

	EUR	30.537,22
Vorjahr	EUR	32.115,50

Der Posten beinhaltet im Wesentlichen anteilige Versicherungsbeiträge.

PASSIVA

A. Eigenkapital	<u>EUR</u>	<u>31.590.198,43</u>
	Vorjahr <u>EUR</u>	<u>27.963.617,78</u>

I. Kapitalrücklage	<u>EUR</u>	<u>10.640.480,28</u>
	Vorjahr <u>EUR</u>	<u>8.632.293,55</u>

Die Kapitalrücklage beinhaltet Kapitalzuschüsse sowie Beiträge der Mitgliedskommunen Thermalbad Wiesenbad und Geyersdorf, die zur Stärkung des Eigenkapitals bestimmt sind. In 2024 wurde die Stadt Jöhstadt Mitglied des Zweckverbandes, weshalb Beiträge in Höhe von TEUR 1.341 sowie eine Kapitalrücklage von TEUR 668 in die Kapitalrücklage des Zweckverbandes einfließen.

II. Gewinnrücklagen	<u>EUR</u>	<u>2.976.856,48</u>
	Vorjahr <u>EUR</u>	<u>2.976.856,48</u>

Andere Gewinnrücklagen	<u>EUR</u>	<u>2.976.856,48</u>
	Vorjahr <u>EUR</u>	<u>2.976.856,48</u>

Die anderen Gewinnrücklagen wurden für eigene Anteile aus der Vermögensübernahme des Rechtsvorgängers (Trink- und Abwasserverband Mittleres Erzgebirge) gebildet.

III. Gewinnvortrag	<u>EUR</u>	<u>16.354.467,75</u>
	Vorjahr <u>EUR</u>	<u>15.070.254,14</u>

Gemäß Beschluss der Verbandsversammlung vom 13. November 2024 wurde der Jahresgewinn 2023 in Höhe von EUR 1.284.213,61 auf neue Rechnung vorgetragen.

IV. Jahresgewinn	<u>EUR</u>	<u>1.618.393,92</u>
	Vorjahr <u>EUR</u>	<u>1.284.213,61</u>

Wir verweisen auf unsere nachfolgenden Ausführungen zur Gewinn- und Verlustrechnung.

B. Sonderposten für Investitionszuschüsse, für verrechenbare Abwasserabgabe, für die unentgeltliche Übernahme von Gegenständen des Anlagevermögens und für Straßenentwässerungskostenanteile

	EUR	65.885.580,66
	Vorjahr EUR	62.784.627,69
	31.12.2024 EUR	31.12.2023 EUR
Sonderposten für Investitionszuschüsse	58.069.536,49	55.216.016,58
Sonderposten für Straßenentwässerungskostenanteile	3.736.678,50	3.469.844,31
Sonderposten für unentgeltlich von Bauträgern / Kommunen überlassene abwassertechnische Anlagen	2.013.528,50	2.099.392,50
Sonderposten für verrechenbare Abwasserabgabe	2.065.837,17	1.999.374,30
	<u>65.885.580,66</u>	<u>62.784.627,69</u>

Der Sonderposten für Investitionszuschüsse hat sich wie folgt entwickelt:

	EUR
Stand 01.01.2024	55.216.016,58
Zugang	6.144.455,38
Auflösung	-1.898.371,43
Abgang	-145.861,73
Umgliederung	-1.246.702,31
Stand 31.12.2024	<u>58.069.536,49</u>

Die Auflösung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse erfolgt analog zu der Nutzungsdauer der geförderten Investitionen.

Der Sonderposten für Straßenentwässerungskostenanteile hat sich wie folgt entwickelt:

	EUR
Stand 01.01.2024	3.469.844,31
Zuführung	342.499,93
Abgänge	-1.166,99
Auflösung	-74.498,75
Stand 31.12.2024	<u>3.736.678,50</u>

Die Auflösung des Sonderpostens für Straßenentwässerungskostenanteile erfolgt analog zu der Nutzungsdauer der entsprechenden Vermögensgegenstände.

Der Sonderposten für unentgeltlich von Bauträgern / Kommunen überlassene abwassertechnische Anlagen hat sich wie folgt entwickelt:

	EUR
Stand 01.01.2024	2.099.392,50
Auflösung	-85.866,00
Stand 31.12.2024	<u>2.013.526,50</u>

Die Auflösung des Sonderpostens für unentgeltlich von Bauträgern / Kommunen überlassene abwassertechnische Anlagen erfolgt analog zu der Nutzungsdauer der entsprechenden Vermögensgegenstände.

Der Sonderposten für verrechenbare Abwasserabgabe hat sich wie folgt entwickelt:

	EUR
Stand 01.01.2024	1.999.374,30
Zuführung	133.575,63
Korrektur	-7.124,03
Auflösung	-59.988,73
Stand 31.12.2024	<u>2.065.837,17</u>

Die Auflösung des Sonderpostens für verrechenbare Abwasserabgabe erfolgt analog zu der Nutzungsdauer der entsprechenden Vermögensgegenstände.

C. Empfangene Ertragszuschüsse

	EUR	3.643.186,22
Vorjahr	EUR	987.399,00

Die empfangenen Ertragszuschüsse betreffen Baukostenzuschüsse.

Entwicklung:

	EUR
Stand 01.01.2024	987.399,00
Zugänge	1.433.135,11
Umgliederung	1.246.702,31
Auflösung	-24.050,20
Stand 31.12.2024	<u>3.643.186,22</u>

Die Auflösung erfolgt analog zu der Nutzungsdauer der entsprechenden Vermögensgegenstände.

D. Rückstellungen

EUR 2.623.428,73
Vorjahr EUR 970.794,26

1. Steuerrückstellungen

EUR 21.560,00
Vorjahr EUR 0,00

Zusammensetzung und Entwicklung:

	1.1.2024 EUR	Inanspruch- nahme EUR	Auflösung EUR	Zuführung EUR	31.12.2024 EUR
Stromsteuer	0,00	0,00	0,00	15.760,00	15.760,00
Umsatzsteuer	0,00	0,00	0,00	5.800,00	5.800,00
	<u>0,00</u>	<u>0,00</u>	<u>0,00</u>	<u>21.560,00</u>	<u>21.560,00</u>

2. Sonstige Rückstellungen

EUR 2.601.868,73
Vorjahr EUR 970.794,26

Zusammensetzung und Entwicklung:

	1.1.2024 EUR	Inanspruch- nahme/Umgliederung EUR	Auflösung EUR	Zuführung EUR	Auf-/ Abzinsung EUR	31.12.2024 EUR
Personalrückstellungen						
• Urlaub	27.855,00	27.855,00	0,00	17.427,00	0,00	17.427,00
Sonstige Rückstellungen						
• Kostenüberdeckung	0,00	0,00	0,00	1.632.605,00	0,00	1.632.605,00
• Abwasserabgabe	469.237,38	285.460,74	2.065,86	280.430,00	0,00	462.140,78
• Aufbewahrungspflicht	110.850,00	0,00	0,00	19.890,00	-2.090,00	128.650,00
• Zinsen Rechtsstreit B 95	91.575,00	0,00	0,00	9.740,00	-2.123,00	99.192,00
• Gebührenrückzahlung	80.557,30	80.557,30	0,00	88.676,53	0,00	88.676,53
• Kanalräumgut / Schlammmentsorgung	78.000,00	0,00	0,00	2.000,00	0,00	80.000,00
• Prozesskosten	17.500,00	9.563,36	0,00	24.063,36	0,00	32.000,00
• Instandhaltungen	61.579,58	61.579,58	0,00	24.782,42	0,00	24.782,42
• Abschluss- und Prüfungskosten	15.020,00	14.152,82	867,18	16.775,00	0,00	16.775,00
• Sonstige	18.620,00	18.563,27	56,73	19.620,00	0,00	19.620,00
	<u>942.939,26</u>	<u>469.877,07</u>	<u>2.989,77</u>	<u>2.118.582,31</u>	<u>-4.213,00</u>	<u>2.584.441,73</u>
	<u>970.794,26</u>	<u>497.732,07</u>	<u>2.989,77</u>	<u>2.136.009,31</u>	<u>-4.213,00</u>	<u>2.601.868,73</u>

E. Verbindlichkeiten

EUR 29.607.801,83
Vorjahr EUR 31.683.211,96

1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

EUR 25.534.850,79
Vorjahr EUR 26.672.592,42

Die Verbindlichkeiten weisen folgende Laufzeiten aus:

	31.12.2024 EUR	Davon mit einer Restlaufzeit		
		bis zu einem Jahr EUR	über einem Jahr EUR	von mehr als fünf Jahren EUR
Erzgebirgssparkasse	13.197.366,78	697.025,71	12.500.341,07	9.998.070,32
Sächsische Aufbaubank	10.599.274,01	501.207,87	10.098.066,14	8.065.556,10
Deutsche Kreditbank AG	697.460,00	24.769,03	672.690,97	601.890,97
Commerzbank	1.040.750,00	23.000,00	1.017.750,00	925.750,00
	<u>25.534.850,79</u>	<u>1.246.002,61</u>	<u>24.288.848,18</u>	<u>19.591.267,39</u>

Die Verbindlichkeiten haben sich wie folgt entwickelt:

	31.12.2023 EUR	Tilgung EUR	Sondertilgung EUR	Umschuldung EUR	Aufnahme EUR	31.12.2024 EUR
Erzgebirgs- sparkasse	12.498.090,65	653.596,73	1.072.603,09	900.475,95	1.525.000,00	13.197.366,78
Sächsische Aufbaubank	11.341.787,61	509.753,32	232.760,28	0,00	0,00	10.599.274,01
Deutsche Kreditbank AG	1.663.963,98	62.501,97	3.526,06	-900.475,95	0,00	697.460,00
Commerzbank	1.063.750,00	23.000,00	0,00	0,00	0,00	1.040.750,00
Zins- und Tilgungsabgren- zung	105.000,18	105.000,18	0,00	0,00	0,00	0,00
	<u>26.672.592,42</u>	<u>1.353.852,20</u>	<u>1.308.889,43</u>	<u>0,00</u>	<u>1.525.000,00</u>	<u>25.534.850,79</u>

2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen

EUR 695.491,98
Vorjahr EUR 357.351,37

3. Verbindlichkeiten gegenüber Verbandsmitgliedern

EUR 26.538,76
Vorjahr EUR 6.424,96

Die Verbindlichkeiten gegenüber Verbandsmitgliedern beinhalten Gutschriften aus der Verbrauchsabrechnung (TEUR 15) sowie Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen (TEUR 11).

4. Sonstige Verbindlichkeiten

	EUR	3.350.920,30
Vorjahr	EUR	4.646.843,21
	31.12.2024	31.12.2023
	EUR	EUR
Verbindlichkeiten aus Kostenüberdeckung	3.000.726,00	4.475.431,00
Kreditorische Debitoren	138.456,55	151.320,66
Noch nicht verbrauchte Fördermittel	138.395,32	0,00
Verbindlichkeiten gegenüber dem Finanzamt		
• Lohn- und Kirchensteuer	20.945,74	16.856,60
• Umsatzsteuer	51.344,70	1.982,66
	72.290,44	18.839,26
Verbindlichkeiten im Rahmen der sozialen Sicherheit	993,60	957,61
Sonstige	58,39	294,68
	<u>3.350.920,30</u>	<u>4.646.843,21</u>

Die Verbindlichkeit aus Kostenüberdeckung enthält die Überdeckung der Kalkulationsperiode 2020 bis 2023. In 2024 wurde eine anteilige Auflösung in Höhe von TEUR 1.475 vorgenommen.

F. Rechnungsabgrenzungsposten

	EUR	11,60
Vorjahr	EUR	11,60

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

1. Umsatzerlöse

	<u>EUR</u>	<u>10.307.147,75</u>
	Vorjahr EUR	8.730.889,53
	<u>2024</u>	<u>2023</u>
	<u>EUR</u>	<u>EUR</u>
Abwassergebühren	8.343.743,64	7.190.932,56
Behandlung von Abwasser Schönfelder Papierfabrik	933.131,32	790.023,25
Straßenentwässerungsgebühren	633.024,67	520.964,09
Brauchwassergebühren	175.122,17	166.609,17
Abnahme Klär- und Dünnschlamm	127.136,21	93.688,21
Erlöse aus Weiterberechnungen	80.359,59	87.793,89
Anlagenbetreuung	68.620,30	90.195,86
Wartung Kleinkläranlagen	45.300,60	44.954,90
Baukostenzuschüsse (Auflösung)	24.050,20	21.301,03
Fettannahme	21.974,40	22.033,80
Reparatur Kleinkläranlagen	9.398,84	10.467,46
Verwaltungsgebühren	6.352,68	5.376,94
Kleineinleiterabgabe	2.912,46	473,28
Erlöse DL Jöhstadt	0,00	9.490,53
Sonstige Umsatzerlöse	3.402,34	3.412,22
Kostenüberdeckung	-167.381,67	-326.827,66
	<u>10.307.147,75</u>	<u>8.730.889,53</u>

2. Sonstige betriebliche Erträge

	<u>EUR</u>	<u>254.571,96</u>
	Vorjahr EUR	518.215,14
	<u>2024</u>	<u>2023</u>
	<u>EUR</u>	<u>EUR</u>
Ordentliche Erträge		
• Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens	220.351,48	215.494,06
• Mahngebühren und Säumniszuschläge	1.984,87	3.079,53
• Sachbezüge	903,00	1.044,00
• Sonstige	0,05	-1,74
	<u>223.239,40</u>	<u>219.615,85</u>
Übertrag	223.239,40	219.615,85

	2024 EUR	2023 EUR
Übertrag	223.239,40	219.615,85
Neutrale Erträge		
• Erträge aus dem Abgang / Korrektur vom Sonderposten	15.757,43	11.277,70
• Erträge aus der Herabsetzung von Wertberichtigungen	6.936,00	0,00
• Periodenfremde Erträge	3.064,43	101.081,11
• Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	2.989,77	118.256,42
• Buchgewinne aus Anlagenabgängen	2.051,13	0,00
• Erträge aus abgeschriebenen Forderungen	533,80	3.004,42
• Versicherungsentschädigungen und Schadensersatz	0,00	64.979,64
	<u>31.332,56</u>	<u>298.599,29</u>
	<u>254.571,96</u>	<u>518.215,14</u>

3. Materialaufwand	EUR	1.694.997,13
	Vorjahr EUR	1.595.857,63

a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	EUR	245.662,90
	Vorjahr EUR	256.917,85

	2024 EUR	2023 EUR
Chemikalien	197.398,85	211.022,83
Laborkosten	37.942,89	36.700,84
Hilfs- und Betriebsstoffe	<u>10.321,16</u>	<u>9.194,18</u>
	<u>245.662,90</u>	<u>256.917,85</u>

b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	EUR	1.449.334,23
	Vorjahr EUR	1.338.939,78

	2024 EUR	2023 EUR
Energie	558.427,89	494.311,49
Schlammtransport und thermische Verwertung	520.803,45	513.073,98
Reinigungsarbeiten	163.177,25	142.330,68
Aufwendungen aus Weiterberechnung Fremdleistungen	81.496,77	89.832,10
Fäkalschlammanlieferung	59.427,87	47.102,00
Fremdleistungen für Entsorgungen	58.168,86	46.251,56
Wasser	4.421,18	4.533,25
Analysekosten	3.634,42	2.106,72
Gas	<u>-223,46</u>	<u>-602,00</u>
	<u>1.449.334,23</u>	<u>1.338.939,78</u>

4. Personalaufwand	EUR	1.841.023,23
	Vorjahr EUR	1.741.033,00
a) Löhne und Gehälter	EUR	1.476.213,56
	Vorjahr EUR	1.417.229,71
	2024 EUR	2023 EUR
Löhne und Gehälter	1.473.897,62	1.414.827,37
Pauschale Lohnsteuer	2.315,94	2.402,34
	<u>1.476.213,56</u>	<u>1.417.229,71</u>
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	EUR	364.809,67
	Vorjahr EUR	323.803,29
	2024 EUR	2023 EUR
Gesetzliche Sozialaufwendungen	297.345,83	261.144,32
Umlage / Beiträge Zusatzversorgungskasse	59.474,37	55.034,35
Beiträge zur Unfallkasse	7.989,47	7.624,62
	<u>364.809,67</u>	<u>323.803,29</u>
5. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Zuwendungen der öffentlichen Hand	EUR	-1.898.371,43
	Vorjahr EUR	-1.789.016,90
6. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	EUR	3.763.342,90
	Vorjahr EUR	3.487.737,72
	2024 EUR	2023 EUR
Abschreibungen auf		
• Immaterielle Vermögensgegenstände	12.681,86	5.092,25
• Sachanlagen	3.750.661,04	3.482.645,47
	<u>3.763.342,90</u>	<u>3.487.737,72</u>

7. Sonstige betriebliche Aufwendungen

	EUR	3.165.901,39
	Vorjahr EUR	2.527.774,17
	2024 EUR	2023 EUR
Ordentliche Aufwendungen		
• Wartung, Reparaturen und Instandhaltungen	1.879.315,31	1.203.001,79
• Abwasserabgabe	280.430,00	281.360,78
• Kanalreinigung und Havariekosten	197.966,44	269.940,75
• Gebühreneinzugskosten	138.012,57	130.610,80
• Videobefahrung Kanalnetz	88.510,91	125.642,44
• Betriebsbedarf	83.240,53	26.882,84
• Versicherungen, Beiträge und Abgaben	68.352,69	53.022,66
• Kfz-Aufwendungen	61.400,42	64.299,93
• Rechts-, Beratungs-, Buchführungs- und Abschlusskosten	53.485,86	60.946,55
• Softwarepflege	40.163,21	45.393,22
• Reinigung	36.617,29	39.459,31
• Aufwand DL Mildenau	34.671,61	51.519,63
• Büro-, Post- und Fernmeldekosten	30.255,98	29.623,84
• Ausbildungs-, Fortbildungs- und Reisekosten	19.983,16	20.677,80
• Arbeitsschutzartikel	15.712,08	12.454,27
• Miete, -leasing und Pacht	13.887,39	32.796,13
• Aufwendungen für Abraum- und Abfallbeseitigung	13.786,31	4.112,40
• Bewirtungs-, Repräsentations- und Werbekosten	12.649,43	19.812,13
• Werkzeuge und Kleingeräte	4.268,73	2.130,05
• Aufwandsentschädigungen	2.931,00	2.908,00
• Aufwand DL Jöhstadt	0,00	4.043,00
• Sonstige	41.940,64	20.559,34
	3.117.581,56	2.501.197,66
Neutrale Aufwendungen		
• Buchverluste aus Anlagenabgängen	21.820,21	358,92
• Zuführung zu Einzelwertberichtigungen	19.243,66	0,00
• Periodenfremde Aufwendungen	3.962,07	11.535,43
• Forderungsverluste	3.293,89	792,16
• Zuführung zur Pauschalwertberichtigung	0,00	13.890,00
	48.319,83	26.576,51
	3.165.901,39	2.527.774,17

8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge

	<u>EUR</u>	<u>45.963,70</u>
Vorjahr	EUR	33.312,77
	<u>2024</u>	<u>2023</u>
	<u>EUR</u>	<u>EUR</u>
Erträge aus der Abzinsung von Rückstellungen	4.805,00	4.757,00
Sonstige	<u>41.158,70</u>	<u>28.555,77</u>
	<u>45.963,70</u>	<u>33.312,77</u>

9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen

	<u>EUR</u>	<u>364.396,54</u>
Vorjahr	EUR	433.737,54
	<u>2024</u>	<u>2023</u>
	<u>EUR</u>	<u>EUR</u>
Zinsen für langfristige Verbindlichkeiten	354.656,54	384.668,84
Aufwendungen aus der Aufzinsung von Rückstellungen	0,00	38.010,00
Sonstige Zinsaufwendungen	<u>9.740,00</u>	<u>11.058,70</u>
	<u>364.396,54</u>	<u>433.737,54</u>

10. Ergebnis nach Steuern

	<u>EUR</u>	<u>1.676.393,65</u>
Vorjahr	EUR	1.285.294,28

11. Sonstige Steuern

	<u>EUR</u>	<u>57.999,73</u>
Vorjahr	EUR	1.080,67

Unter den sonstigen Steuern wird die Kfz-Steuer ausgewiesen.

12. Jahresgewinn

	<u>EUR</u>	<u>1.618.393,92</u>
Vorjahr	EUR	1.284.213,61

PRÜFUNG DER ORDNUNGSMÄSSIGKEIT DER GESCHÄFTSFÜHRUNG UND DER WIRTSCHAFTLICHEN VERHÄLTNISSE NACH § 53 HGrG (IDW PS 720)

1. Tätigkeit von Überwachungsorganen und Geschäftsleitung sowie individualisierte Offenlegung der Organbezüge

- a) **Gibt es Geschäftsordnungen für die Organe und einen Geschäftsverteilungsplan für die Geschäftsleitung sowie ggf. für die Konzernleitung? Gibt es darüber hinaus schriftliche Weisungen des Überwachungsorgans zur Organisation für die Geschäfts- sowie ggf. für die Konzernleitung (Geschäftsanweisung)? Entsprechen diese Regelungen den Bedürfnissen des Unternehmens bzw. des Konzerns?**

Die Zuständigkeit der Geschäftsführung, des Verwaltungsrates sowie der Verbandsversammlung sind satzungsgemäß geregelt. Darüber hinaus existieren Geschäftsordnungen und Dienstanweisungen für die Organe des AZV. Diese Regelungen entsprechen den Bedürfnissen des Verbandes und erscheinen sachgerecht. Unsere Prüfung hat keine gegen teiligen Feststellungen ergeben.

- b) **Wie viele Sitzungen der Organe und ihrer Ausschüsse haben stattgefunden und wurden Niederschriften hierüber erstellt?**

Im Berichtsjahr 2024 haben fünf Sitzungen des Verwaltungsrates und fünf Sitzungen der Verbandsversammlung stattgefunden. Es wurden ordnungsgemäße Niederschriften erstellt, die von uns eingesehen wurden.

- c) **In welchen Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien i. S. d. § 125 Abs. 1 Satz 5 AktG sind die einzelnen Mitglieder der Geschäftsleitung tätig?**

Der Geschäftsführer ist auskunftsgemäß in keinem weiteren Gremium tätig.

- d) **Wird die Vergütung der Organmitglieder (Geschäftsleitung, Überwachungsorgan) individualisiert im Anhang des Jahresabschlusses/Konzernabschlusses aufgeteilt nach Fixum, erfolgsbezogenen Komponenten und Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung ausgewiesen? Falls nein, wie wird dies begründet?**

Gemäß § 286 Abs. 4 HGB in Verbindung mit § 31 Abs. 1 SächsEigBVO wird von dem Wahlrecht der Unterlassung von Angaben Gebrauch gemacht. Erfolgsbezogene Komponenten und Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung werden nicht gewährt.

2. Aufbau- und ablauforganisatorische Grundlagen

- a) **Gibt es einen den Bedürfnissen des Unternehmens entsprechenden Organisationsplan, aus dem Organisationsaufbau, Arbeitsbereiche und Zuständigkeiten/Weisungsbefugnisse ersichtlich sind? Erfolgt dessen regelmäßige Überprüfung?**

Zuständigkeiten und Weisungsbefugnisse sind eindeutig geregelt; eine Arbeitsplatzbeschreibung sowie ein Organigramm über die einzelnen betrieblichen Funktionen liegen vor. Darüber hinaus existieren Stellenbeschreibungen, welche auskunftsgemäß regelmäßig angepasst werden.

- b) **Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass nicht nach dem Organisationsplan verfahren wird?**

Im Rahmen unserer Prüfung haben sich keine derartigen Anhaltspunkte ergeben.

- c) **Hat die Geschäftsleitung Vorkehrungen zur Korruptionsprävention ergriffen und dokumentiert?**

Die bestehenden Anweisungen und Regelungen zur Auftragsvergabe berücksichtigen die notwendigen Vorkehrungen. Ferner sind Vorkehrungen zur Korruptionsprävention für alle Mitarbeiter in § 3 TVöD geregelt.

- d) **Gibt es geeignete Richtlinien bzw. Arbeitsanweisungen für wesentliche Entscheidungsprozesse (insbesondere Auftragsvergabe und Auftragsabwicklung, Personalwesen, Kreditaufnahme und -gewährung)? Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass diese nicht eingehalten werden?**

Richtlinien und Arbeitsanweisungen für wesentliche Entscheidungsprozesse liegen vor. Wesentliche Entscheidungen im Hinblick auf Kredit- und Grundstücksgeschäfte sowie das Personalwesen sind der Verbandsversammlung vorbehalten. Die Auftragsvergabe erfolgt nach dem sächsischen Vergabegesetz. Anhaltspunkte, dass nicht danach verfahren wird, haben sich keine ergeben.

- e) **Besteht eine ordnungsmäßige Dokumentation von Verträgen (z. B. Grundstücksverwaltung, EDV)?**

Die Verträge sind ordnungsgemäß verwahrt, in der Regel in den zugehörigen Abteilungen. Kündigungsfristen und Ablauf der Verträge werden ordnungsgemäß überwacht.

3. Planungswesen, Rechnungswesen, Informationssystem und Controlling

- a) **Entspricht das Planungswesen – auch im Hinblick auf Planungshorizont und Fortschreibung der Daten sowie auf sachliche und zeitliche Zusammenhänge von Projekten – den Bedürfnissen des Unternehmens?**

Das Planungswesen des Verbandes besteht insbesondere aus der zu erstellenden/zu beschließenden Haushaltssatzung mit Wirtschaftsplan und einer Prognose für die nächsten Jahre.

Den Bedürfnissen des Verbandes wird durch das Planungswesen entsprochen.

- b) **Werden Planabweichungen systematisch untersucht?**

Wesentliche Planabweichungen werden im Verband systematisch durch Soll-Ist-Vergleiche untersucht.

- c) **Entspricht das Rechnungswesen einschließlich der Kostenrechnung der Größe und den besonderen Anforderungen des Unternehmens?**

Das Rechnungswesen entspricht aus unserer Sicht den Anforderungen an die Größe und Struktur des Zweckverbandes.

- d) **Besteht ein funktionierendes Finanzmanagement, welches u. a. eine laufende Liquiditätskontrolle und eine Kreditüberwachung gewährleistet?**

Die laufende Liquiditätskontrolle und Kreditüberwachung werden durch den Geschäftsführer und die kaufmännische Abteilung sichergestellt.

- e) **Gehört zu dem Finanzmanagement auch ein zentrales Cash-Management und haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die hierfür geltenden Regelungen nicht eingehalten worden sind?**

Das Finanzmanagement wird durch den Geschäftsführer und die kaufmännische Abteilung sichergestellt. Ein zentrales Cash-Management besteht nicht.

- f) **Ist sichergestellt, dass Entgelte vollständig und zeitnah in Rechnung gestellt werden? Ist durch das bestehende Mahnwesen gewährleistet, dass ausstehende Forderungen zeitnah und effektiv eingezogen werden?**

Der Gebühreneinzug obliegt aufgrund des bestehenden Geschäftsbesorgungsvertrages der ETW. Abschlagszahlungen werden regelmäßig und in angemessener Höhe vereinbart. Ein Großkunde wird als Sondervertragskunde monatlich abgerechnet.

- g) **Entspricht das Controlling den Anforderungen des Unternehmens/Konzerns und umfasst es alle wesentlichen Unternehmens-/Konzernbereiche?**

Controllingaufgaben werden im Wesentlichen durch Geschäftsführer sowie durch die kaufmännische Abteilung wahrgenommen. Einen eigenständigen Controllingverantwortlichen gibt es im Verband nicht.

- h) Ermöglichen das Rechnungs- und Berichtswesen eine Steuerung und/oder Überwachung der Tochterunternehmen und der Unternehmen, an denen eine wesentliche Beteiligung besteht?**

Der Zweckverband besitzt keine Tochterunternehmen oder Unternehmen, an denen eine wesentliche Beteiligung besteht.

4. Risikofrüherkennungssystem

- a) Hat die Geschäfts-/Konzernleitung nach Art und Umfang Frühwarnsignale definiert und Maßnahmen ergriffen, mit deren Hilfe bestandsgefährdende Risiken rechtzeitig erkannt werden können?**

Ein Risikofrüherkennungssystem im eigentlichen Sinne existiert nicht.

Die Grundlage für die Erstellung des Wirtschaftsplans und der anderen Planungsinstrumente sind die Planungen und Tendenzen des Vorjahres. Diese werden durch die Geschäftsführung kritisch beurteilt und weiterentwickelt.

Es werden Signale über Risiken und wahrnehmbare Entwicklungen aus dem geschäftlichen Umfeld des Verbandes berücksichtigt. Darüber hinaus werden die Vorhaben bezüglich der Gesetzgebung verfolgt und in die Planungen einbezogen. Weiterhin nimmt der Zweckverband an der Datenerfassung "Frühwarnsysteme Haushalte, Zweckverbände und kommunale Wohnungsunternehmen" beim Statistischen Landesamt Sachsen teil.

- b) Reichen diese Maßnahmen aus und sind sie geeignet, ihren Zweck zu erfüllen? Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Maßnahmen nicht durchgeführt werden?**

Die getroffenen Maßnahmen sind im beschriebenen Umfang geeignet, die damit verbundenen Zielstellungen zu erfüllen. Ein umfassendes Risikofrüherkennungssystem als solches stellen sie jedoch nicht dar.

c) Sind diese Maßnahmen ausreichend dokumentiert?

Die getroffenen Maßnahmen sind schriftlich dokumentiert. Für die Durchführung in der Praxis ist die Geschäftsführung verantwortlich.

d) Werden die Frühwarnsignale und Maßnahmen kontinuierlich und systematisch mit dem aktuellen Geschäftsumfeld sowie mit den Geschäftsprozessen und Funktionen abgestimmt und angepasst?

Die Abstimmung der Frühwarnsignale und Maßnahmen mit dem aktuellen Geschäftsumfeld sowie den Geschäftsprozessen und Funktionen wird auskunftsgemäß laufend vorgenommen.

5. Finanzinstrumente, andere Termingeschäfte, Optionen und Derivate

Der Zweckverband hat im Wirtschaftsjahr auskunftsgemäß keine Finanzinstrumente, andere Termingeschäfte, Optionen und Derivate eingesetzt. Die Beantwortung des Fragenkreises entfällt deshalb.

6. Interne Revision

Eine eigenständige Revision ist im Zweckverband nicht vorgesehen. Die Beantwortung des Fragenkreises entfällt aus diesem Grund.

7. Übereinstimmung der Rechtsgeschäfte und Maßnahmen mit Gesetz, Satzung, Geschäftsordnung, Geschäftsanweisung und bindenden Beschlüssen des Überwachungsorgans

a) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die vorherige Zustimmung des Überwachungsorgans zu zustimmungspflichtigen Rechtsgeschäften und Maßnahmen nicht eingeholt worden ist?

Es haben sich keine Anhaltspunkte ergeben, dass die Zustimmung des Überwachungsorgans zu zustimmungspflichtigen Rechtsgeschäften und Maßnahmen nicht eingeholt wurde.

b) Wurde vor der Kreditgewährung an Mitglieder der Geschäftsleitung oder des Überwachungsorgans die Zustimmung des Überwachungsorgans eingeholt?

Derartige Kreditgewährungen haben nicht stattgefunden.

c) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass anstelle zustimmungsbedürftiger Maßnahmen ähnliche, aber nicht als zustimmungsbedürftig behandelte Maßnahmen vorgenommen worden sind (z. B. Zerlegung in Teilmaßnahmen)?

Im Rahmen unserer Prüfung haben sich keine derartigen Anhaltspunkte ergeben.

d) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Geschäfte und Maßnahmen nicht mit Gesetz, Satzung, Geschäftsordnung, Geschäftsanweisung und bindenden Beschlüssen des Überwachungsorgans übereinstimmen?

Der Jahresabschluss und der Lagebericht sind gemäß § 34 Abs. 1 SächsEigBVO innerhalb von neun Monaten nach Ende des Wirtschaftsjahres von der Verbandsversammlung festzustellen. Die Feststellung des Jahresabschlusses 2023 durch die Verbandsversammlung erfolgte in der Sitzung vom 13. November 2024. Die Feststellung des Jahresabschlusses erfolgte gemäß § 34 Abs. 1 SächsEigBVO nicht innerhalb von neun Monaten nach Ende des Wirtschaftsjahres und somit nicht fristgerecht.

Der Zweckverband hat entsprechend § 74 Abs. 1 SächsGemO für jedes Haushaltsjahr eine Haushaltssatzung zu erlassen. Die von der Verbandsversammlung beschlossene Haushaltssatzung ist der Rechtsaufsichtsbehörde gemäß § 76 Abs. 2 S. 2 SächsGemO

bis spätestens einen Monat vor Beginn des Haushaltsjahres vorzulegen. Die Haushaltssatzung für das Wirtschaftsjahr 2023 wurde der Rechtsaufsichtsbehörde mit Schreiben vom 19. Januar 2023 (Posteingang 20. Januar 2023) vorgelegt und damit nicht innerhalb der gesetzlichen Frist. Ebenso wurde die Haushaltssatzung für das Wirtschaftsjahr 2024 der Rechtsaufsichtsbehörde mit Schreiben vom 29. Februar 2024 (Posteingang 1. März 2024) vorgelegt und damit nicht innerhalb der gesetzlichen Frist.

Weitere Anhaltspunkte, dass Geschäfte und Maßnahmen, die nicht mit Gesetz, Satzung, Geschäftsordnung, Geschäftsanweisung und bindenden Beschlüssen des Überwachungsorgans übereinstimmend erfolgten, wurden nicht festgestellt.

8. Durchführung von Investitionen

a) Werden Investitionen (in Sachanlagen, Beteiligungen, sonstige Finanzanlagen, immaterielle Anlagewerte und Vorräte) angemessen geplant und vor Realisierung auf Rentabilität/Wirtschaftlichkeit, Finanzierbarkeit und Risiken geprüft?

Wesentliche Investitionen wurden nach den allgemeinen Grundsätzen im Rahmen des Wirtschaftsplans ordnungsgemäß geplant.

b) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Unterlagen/Erhebungen zur Preisermittlung nicht ausreichend waren, um ein Urteil über die Angemessenheit des Preises zu ermöglichen (z. B. bei Erwerb bzw. Veräußerung von Grundstücken oder Beteiligungen)?

Es haben sich keine Anhaltspunkte ergeben, dass die Unterlagen / Erhebungen zur Preisermittlung nicht ausreichend waren, um ein Urteil über die Angemessenheit des Preises zu ermöglichen.

- c) **Werden Durchführung, Budgetierung und Veränderungen von Investitionen laufend überwacht und Abweichungen untersucht?**

Die Baumaßnahmen werden laufend überwacht. Auskunftsgemäß erfolgen diese Arbeiten zum einen durch das beauftragte Ingenieurbüro und zum anderen durch die Geschäftsleitung und sachverständige Mitarbeiter.

- d) **Haben sich bei abgeschlossenen Investitionen wesentliche Überschreitungen ergeben? Wenn ja, in welcher Höhe und aus welchen Gründen?**

Abweichungen bei durchgeführten Investitionsmaßnahmen werden im Rahmen der Bauaktenführung dokumentiert. Im Berichtsjahr wurden Investitionen in Höhe von TEUR 8.139 durchgeführt. Im Wirtschaftsplan für 2024 wurden Investitionen in Höhe von TEUR 10.122 geplant. Eine Überschreitung des Planansatzes insgesamt liegt damit nicht vor.

- e) **Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass Leasing- oder vergleichbare Verträge nach Ausschöpfung der Kreditlinien abgeschlossen wurden?**

Derartige Anhaltspunkte haben sich nicht ergeben.

9. Vergaberegelnungen

- a) **Haben sich Anhaltspunkte für eindeutige Verstöße gegen Vergaberegelnungen (z. B. VOB, VOL, VOF, EU-Regelnungen) ergeben?**

Derartige Anhaltspunkte haben sich nicht ergeben.

- b) **Werden für Geschäfte, die nicht den Vergaberegelnungen unterliegen, Konkurrenzangebote (z. B. auch für Kapitalaufnahmen und Geldanlagen) eingeholt?**

Es werden auskunftsgemäß Konkurrenzangebote eingeholt und berücksichtigt. Die Vorschriften über die Vergabe öffentlicher Aufträge, insbesondere der Verdingungsordnung für Bauleistungen (VOB) sowie die Verdingungsordnung für freiberufliche Leistungen (VOF) werden angewandt.

Für Geldanlagen werden auskunftsgemäß Vergleichsangebote eingeholt.

10. Berichterstattung an das Überwachungsorgan

a) Wird dem Überwachungsorgan regelmäßig Bericht erstattet?

Dem Verwaltungsrat und der Verbandsversammlung wird regelmäßig Bericht erstattet.

b) Vermitteln die Berichte einen zutreffenden Einblick in die wirtschaftliche Lage des Unternehmens/Konzerns und in die wichtigsten Unternehmens-/Konzernbereiche?

Unseres Erachtens vermittelt die Berichterstattung einen zutreffenden Einblick in die wirtschaftliche Lage des Zweckverbandes und seiner Bereiche.

c) Wurde das Überwachungsorgan über wesentliche Vorgänge angemessen und zeitnah unterrichtet? Liegen insbesondere ungewöhnliche, risikoreiche oder nicht ordnungsgemäß abgewickelte Geschäftsvorfälle sowie erkennbare Fehldispositionen oder wesentliche Unterlassungen vor und wurde hierüber berichtet?

Feststellungen zu ungewöhnlichen, risikoreichen oder nicht ordnungsgemäß abgewickelten Geschäftsvorfällen sowie erkennbaren Fehldispositionen oder wesentlichen Unterlassungen wurden nicht getroffen. Das Überwachungsorgan wurde über die relevanten Geschäftsvorfälle zeitnah informiert.

d) Zu welchen Themen hat die Geschäfts-/Konzernleitung dem Überwachungsorgan auf dessen besonderen Wunsch berichtet (§ 90 Abs. 3 AktG)?

Eine Berichterstattung auf besonderen Wunsch war im Wirtschaftsjahr nicht Gegenstand.

e) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Berichterstattung (z. B. nach § 90 AktG oder unternehmensinternen Vorschriften) nicht in allen Fällen ausreichend war?

Im Rahmen unserer Prüfung ergaben sich keine diesbezüglichen Anhaltspunkte.

- f) **Gibt es eine D&O-Versicherung? Wurde ein angemessener Selbstbehalt vereinbart? Wurden Inhalt und Konditionen der D&O-Versicherung mit dem Überwachungsorgan erörtert?**

Haftungsrechtliche Absicherung der Tätigkeit des Verbandes erfolgt durch die Mitgliedschaft im kommunalen Schadensausgleich. Eine D&O-Versicherung für den Geschäftsführer ist nicht abgeschlossen.

- g) **Sofern Interessenkonflikte der Mitglieder der Geschäftsleitung oder des Überwachungsorgans gemeldet wurden, ist dies unverzüglich dem Überwachungsorgan offengelegt worden?**

Interessenkonflikte bestanden im Berichtsjahr auskunftsgemäß nicht.

11. Ungewöhnliche Bilanzposten und stille Reserven

- a) **Besteht in wesentlichem Umfang offenkundig nicht betriebsnotwendiges Vermögen?**

Offenkundig besteht kein nicht betriebsnotwendiges Vermögen.

- b) **Sind Bestände auffallend hoch oder niedrig?**

Der Zweckverband weist keine auffallend hohen oder niedrigen Bestände aus.

- c) **Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Vermögenslage durch im Vergleich zu den bilanziellen Werten erheblich höhere oder niedrigere Verkehrswerte der Vermögensgegenstände wesentlich beeinflusst wird?**

Derartige Anhaltspunkte haben sich nicht ergeben.

12. Finanzierung

- a) **Wie setzt sich die Kapitalstruktur nach internen und externen Finanzierungsquellen zusammen? Wie sollen die am Abschlussstichtag bestehenden wesentlichen Investitionsverpflichtungen finanziert werden?**

Die Kapitalstruktur setzt sich wie folgt zusammen:

	<u>TEUR</u>	<u>%</u>
Eigenkapital	31.589	23,7
Sonderposten	65.886	49,4
Empfangene Ertragszuschüsse	3.643	2,7
Rückstellungen	2.624	2,0
Verbindlichkeiten	<u>29.608</u>	<u>22,2</u>
	<u>133.350</u>	<u>100,0</u>

Bestehende Investitionsverpflichtungen sollen im Wesentlichen aus Eigenmitteln, Zuschüssen und Darlehen finanziert werden.

- b) **Wie ist die Finanzlage des Konzerns zu beurteilen, insbesondere hinsichtlich der Kreditaufnahmen wesentlicher Konzerngesellschaften?**

Der Zweckverband ist in keine Konzernstruktur eingebunden.

- c) **In welchem Umfang hat das Unternehmen Finanz-/Fördermittel einschließlich Garantien der öffentlichen Hand erhalten? Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die damit verbundenen Verpflichtungen und Auflagen des Mittelgebers nicht beachtet wurden?**

Der Verband hat im Berichtsjahr Zuschüsse für Straßenentwässerungskostenanteile der Mitgliedskommunen und § 19-Umlagen in Höhe von TEUR 342 erhalten. Weiterhin hat der Verband Fördermittel in Höhe von TEUR 2.735 im Rahmen der Projektförderung - Förderung von Vorhaben zur Verbesserung der wirtschaftsnahen Infrastruktur (GRW Infra) für das Vorhaben Modernisierung und Erweiterung der Zentralkläranlage Schönfeld sowie in Höhe von TEUR 1.572 im Rahmen der Projektförderung - Förderung von Vorhaben zur Verbesserung der wirtschaftsnahen Infrastruktur (GRW Infra) für das Vorhaben Erschlie-

ßung Gewerbestandort Alte Poststraße in Annaberg-Buchholz erhalten.

Anhaltspunkte dafür, dass Verpflichtungen und Auflagen nicht eingehalten wurden, haben sich nicht ergeben.

Wir weisen darauf hin, dass die Prüfung der zweckentsprechenden Verwendung von Fördermitteln nicht Gegenstand unserer Prüfungen ist.

13. Eigenkapitalausstattung und Gewinnverwendung

a) Bestehen Finanzierungsprobleme aufgrund einer evtl. zu niedrigen Eigenkapitalausstattung?

Es bestehen keine Finanzierungsprobleme aufgrund einer zu niedrigen Eigenkapitalausstattung.

b) Ist der Gewinnverwendungsvorschlag (Ausschüttungspolitik, Rücklagenbildung) mit der wirtschaftlichen Lage des Unternehmens vereinbar?

Der Ergebnisverwendungsvorschlag sieht vor, den Jahresgewinn des Wirtschaftsjahres auf neue Rechnung vorzutragen. Das ist mit der wirtschaftlichen Lage des Zweckverbandes vereinbar.

14. Rentabilität/Wirtschaftlichkeit

a) Wie setzt sich das Betriebsergebnis des Unternehmens/Konzerns nach Segmenten/Konzernunternehmen zusammen?

Die Beantwortung dieser Frage entfällt.

b) Ist das Jahresergebnis entscheidend von einmaligen Vorgängen geprägt?

Das Jahresergebnis beinhaltet Sondereinflüsse in Höhe von TEUR ./ 28. Wir verweisen hierzu auf unsere Ausführungen zur Ertragslage unter D. III. 4.

c) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass wesentliche Kredit- oder andere Leistungsbeziehungen zwischen Konzerngesellschaften bzw. mit den Gesellschaftern eindeutig zu unangemessenen Konditionen vorgenommen werden?

Der AZV erbringt im Rahmen seiner Tätigkeit Leistungen für die Mitgliedsgemeinden. Wir haben keine Erkenntnisse gewonnen, dass die Leistungsbeziehungen nicht zu angemessenen Konditionen abgewickelt werden.

d) Wurde die Konzessionsabgabe steuer- und preisrechtlich erwirtschaftet?

Der Zweckverband unterliegt keiner Konzessionsabgabe.

15. Verlustbringende Geschäfte und ihre Ursachen

a) Gab es verlustbringende Geschäfte, die für die Vermögens- und Ertragslage von Bedeutung waren, und was waren die Ursachen der Verluste?

Es wurden keine verlustbringenden Geschäfte festgestellt.

b) Wurden Maßnahmen zeitnah ergriffen, um die Verluste zu begrenzen, und um welche Maßnahmen handelt es sich?

Planmäßige Investitionen und Instandhaltungen sind Voraussetzung für die nachhaltige Aufgabenerfüllung des Verbandes.

16. Ursachen des Jahresfehlbetrages und Maßnahmen zur Verbesserung der Ertragslage

a) Was sind die Ursachen des Jahresfehlbetrages?

Im Berichtsjahr wird ein Jahresgewinn ausgewiesen.

b) Welche Maßnahmen wurden eingeleitet bzw. sind beabsichtigt, um die Ertragslage des Unternehmens zu verbessern?

Die Ertragslage des Verbandes ist unter Berücksichtigung der aktuellen Entwicklungen stabil. Sparpotenziale werden, wie angegeben, laufend untersucht.

Allgemeine Auftragsbedingungen

für Wirtschaftsprüferinnen, Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften

vom 1. Januar 2024

1. Geltungsbereich

(1) Die Auftragsbedingungen gelten für Verträge zwischen Wirtschaftsprüferinnen, Wirtschaftsprüfern oder Wirtschaftsprüfungsgesellschaften (im Nachstehenden zusammenfassend „Wirtschaftsprüfer“ genannt) und ihren Auftraggebern über Prüfungen, Steuerberatung, Beratungen in wirtschaftlichen Angelegenheiten und sonstige Aufträge, soweit nicht etwas anderes ausdrücklich in Textform vereinbart oder gesetzlich zwingend vorgeschrieben ist.

(2) Dritte können nur dann Ansprüche aus dem Vertrag zwischen Wirtschaftsprüfer und Auftraggeber herleiten, wenn dies vereinbart ist oder sich aus zwingenden gesetzlichen Regelungen ergibt. Im Hinblick auf solche Ansprüche gelten diese Auftragsbedingungen auch diesen Dritten gegenüber. Einreden und Einwendungen aus dem Vertragsverhältnis mit dem Auftraggeber stehen dem Wirtschaftsprüfer auch gegenüber Dritten zu.

2. Umfang und Ausführung des Auftrags

(1) Gegenstand des Auftrags ist die vereinbarte Leistung, nicht ein bestimmter wirtschaftlicher Erfolg. Der Auftrag wird nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Berufsausübung ausgeführt. Der Wirtschaftsprüfer übernimmt im Zusammenhang mit seinen Leistungen keine Aufgaben der Geschäftsführung. Der Wirtschaftsprüfer ist für die Nutzung oder Umsetzung der Ergebnisse seiner Leistungen nicht verantwortlich. Der Wirtschaftsprüfer ist berechtigt, sich zur Durchführung des Auftrags sachverständiger Personen zu bedienen.

(2) Die Berücksichtigung ausländischen Rechts bedarf – außer bei betriebswirtschaftlichen Prüfungen – der ausdrücklichen Vereinbarung in Textform.

(3) Ändert sich die Sach- oder Rechtslage nach Abgabe der abschließenden beruflichen Äußerung, so ist der Wirtschaftsprüfer nicht verpflichtet, den Auftraggeber auf Änderungen oder sich daraus ergebende Folgen hinzuweisen.

3. Mitwirkungspflichten des Auftraggebers

(1) Der Auftraggeber hat dafür zu sorgen, dass dem Wirtschaftsprüfer alle für die Ausführung des Auftrags notwendigen Unterlagen und weiteren Informationen rechtzeitig übermittelt werden und ihm von allen Vorgängen und Umständen Kenntnis gegeben wird, die für die Ausführung des Auftrags von Bedeutung sein können. Dies gilt auch für die Unterlagen und weiteren Informationen, Vorgänge und Umstände, die erst während der Tätigkeit des Wirtschaftsprüfers bekannt werden. Der Auftraggeber wird dem Wirtschaftsprüfer geeignete Auskunftspersonen benennen.

(2) Auf Verlangen des Wirtschaftsprüfers hat der Auftraggeber die Vollständigkeit der vorgelegten Unterlagen und der weiteren Informationen sowie der gegebenen Auskünfte und Erklärungen in einer vom Wirtschaftsprüfer formulierten Erklärung in gesetzlicher Schriftform oder einer sonstigen vom Wirtschaftsprüfer bestimmten Form zu bestätigen.

4. Sicherung der Unabhängigkeit

(1) Der Auftraggeber hat alles zu unterlassen, was die Unabhängigkeit der Mitarbeiter des Wirtschaftsprüfers gefährdet. Dies gilt für die Dauer des Auftragsverhältnisses insbesondere für Angebote auf Anstellung oder Übernahme von Organfunktionen und für Angebote, Aufträge auf eigene Rechnung zu übernehmen.

(2) Sollte die Durchführung des Auftrags die Unabhängigkeit des Wirtschaftsprüfers, die der mit ihm verbundenen Unternehmen, seiner Netzwerkeunternehmen oder solcher mit ihm assoziierten Unternehmen, auf die die Unabhängigkeitsvorschriften in gleicher Weise Anwendung finden wie auf den Wirtschaftsprüfer, in anderen Auftragsverhältnissen beeinträchtigen, ist der Wirtschaftsprüfer zur außerordentlichen Kündigung des Auftrags berechtigt.

5. Berichterstattung und mündliche Auskünfte

Soweit der Wirtschaftsprüfer Ergebnisse im Rahmen der Bearbeitung des Auftrags in gesetzlicher Schriftform oder Textform darzustellen hat, ist allein diese Darstellung maßgebend. Entwürfe solcher Darstellungen sind

unverbindlich. Sofern nicht anders gesetzlich vorgesehen oder vertraglich vereinbart, sind mündliche Erklärungen und Auskünfte des Wirtschaftsprüfers nur dann verbindlich, wenn sie in Textform bestätigt werden. Erklärungen und Auskünfte des Wirtschaftsprüfers außerhalb des erteilten Auftrags sind stets unverbindlich.

6. Weitergabe einer beruflichen Äußerung des Wirtschaftsprüfers

(1) Die Weitergabe beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers (Arbeitsergebnisse oder Auszüge von Arbeitsergebnissen – sei es im Entwurf oder in der Endfassung) oder die Information über das Tätigwerden des Wirtschaftsprüfers für den Auftraggeber an einen Dritten bedarf der in Textform erteilten Zustimmung des Wirtschaftsprüfers, es sei denn, der Auftraggeber ist zur Weitergabe oder Information aufgrund eines Gesetzes oder einer behördlichen Anordnung verpflichtet.

(2) Die Verwendung beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers und die Information über das Tätigwerden des Wirtschaftsprüfers für den Auftraggeber zu Werbezwecken durch den Auftraggeber sind unzulässig.

7. Mängelbeseitigung

(1) Bei etwaigen Mängeln hat der Auftraggeber Anspruch auf Nacherfüllung durch den Wirtschaftsprüfer. Nur bei Fehlschlägen, Unterlassen bzw. unberechtigter Verweigerung, Unzumutbarkeit oder Unmöglichkeit der Nacherfüllung kann er die Vergütung mindern oder vom Vertrag zurücktreten; ist der Auftrag nicht von einem Verbraucher erteilt worden, so kann der Auftraggeber wegen eines Mangels nur dann vom Vertrag zurücktreten, wenn die erbrachte Leistung wegen Fehlschlagens, Unterlassung, Unzumutbarkeit oder Unmöglichkeit der Nacherfüllung für ihn ohne Interesse ist. Soweit darüber hinaus Schadensersatzansprüche bestehen, gilt Nr. 9.

(2) Ein Nacherfüllungsanspruch aus Abs. 1 muss vom Auftraggeber unverzüglich in Textform geltend gemacht werden. Nacherfüllungsansprüche nach Abs. 1, die nicht auf einer vorsätzlichen Handlung beruhen, verjähren nach Ablauf eines Jahres ab dem gesetzlichen Verjährungsbeginn.

(3) Offenbare Unrichtigkeiten, wie z.B. Schreibfehler, Rechenfehler und formelle Mängel, die in einer beruflichen Äußerung (Bericht, Gutachten und dgl.) des Wirtschaftsprüfers enthalten sind, können jederzeit vom Wirtschaftsprüfer auch Dritten gegenüber berichtigt werden. Unrichtigkeiten, die geeignet sind, in der beruflichen Äußerung des Wirtschaftsprüfers enthaltene Ergebnisse infrage zu stellen, berechtigen diesen, die Äußerung auch Dritten gegenüber zurückzunehmen. In den vorgenannten Fällen ist der Auftraggeber vom Wirtschaftsprüfer tunlichst vorher zu hören.

8. Schweigepflicht gegenüber Dritten, Datenschutz

(1) Der Wirtschaftsprüfer ist nach Maßgabe der Gesetze (§ 323 Abs. 1 HGB, § 43 WPO, § 203 StGB) verpflichtet, über Tatsachen und Umstände, die ihm bei seiner Berufstätigkeit anvertraut oder bekannt werden, Stillschweigen zu bewahren, es sei denn, dass der Auftraggeber ihn von dieser Schweigepflicht entbindet.

(2) Der Wirtschaftsprüfer wird bei der Verarbeitung von personenbezogenen Daten die nationalen und europarechtlichen Regelungen zum Datenschutz beachten.

9. Haftung

(1) Für gesetzlich vorgeschriebene Leistungen des Wirtschaftsprüfers, insbesondere Prüfungen, gelten die jeweils anzuwendenden gesetzlichen Haftungsbeschränkungen, insbesondere die Haftungsbeschränkung des § 323 Abs. 2 HGB.

(2) Sofern weder eine gesetzliche Haftungsbeschränkung Anwendung findet noch eine einzelvertragliche Haftungsbeschränkung besteht, ist der Anspruch des Auftraggebers aus dem zwischen ihm und dem Wirtschaftsprüfer bestehenden Vertragsverhältnis auf Ersatz eines fahrlässig verursachten Schadens, mit Ausnahme von Schäden aus der Verletzung von Leben, Körper und Gesundheit sowie von Schäden, die eine Ersatzpflicht des Herstellers nach § 1 ProdHaftG begründen, gemäß § 54a Abs. 1 Nr. 2 WPO auf 4 Mio. € beschränkt. Gleiches gilt für Ansprüche, die Dritte aus oder im Zusammenhang mit dem Vertragsverhältnis gegenüber dem Wirtschaftsprüfer geltend machen.

(3) Leiten mehrere Anspruchsteller aus dem mit dem Wirtschaftsprüfer bestehenden Vertragsverhältnis Ansprüche aus einer fahrlässigen Pflichtverletzung des Wirtschaftsprüfers her, gilt der in Abs. 2 genannte Höchstbetrag für die betreffenden Ansprüche aller Anspruchsteller insgesamt.

(4) Der Höchstbetrag nach Abs. 2 bezieht sich auf einen einzelnen Schadensfall. Ein einzelner Schadensfall ist auch bezüglich eines aus mehreren Pflichtverletzungen stammenden einheitlichen Schadens gegeben. Der einzelne Schadensfall umfasst sämtliche Folgen einer Pflichtverletzung ohne Rücksicht darauf, ob Schäden in einem oder in mehreren aufeinanderfolgenden Jahren entstanden sind. Dabei gilt mehrfaches auf gleicher oder gleichartiger Fehlerquelle beruhendes Tun oder Unterlassen als einheitliche Pflichtverletzung, wenn die betreffenden Angelegenheiten miteinander in rechtlichem oder wirtschaftlichem Zusammenhang stehen. In diesem Fall kann der Wirtschaftsprüfer nur bis zur Höhe von 5 Mio. € in Anspruch genommen werden.

(5) Ein Schadensersatzanspruch erlischt, wenn nicht innerhalb von sechs Monaten nach der in Textform erklärten Ablehnung der Ersatzleistung Klage erhoben wird und der Auftraggeber auf diese Folge hingewiesen wurde. Dies gilt nicht für Schadensersatzansprüche, die auf vorsätzliches Verhalten zurückzuführen sind, sowie bei einer schuldhaften Verletzung von Leben, Körper oder Gesundheit sowie bei Schäden, die eine Ersatzpflicht des Herstellers nach § 1 ProdHaftG begründen. Das Recht, die Einrede der Verjährung geltend zu machen, bleibt unberührt.

(6) § 323 HGB bleibt von den Regelungen in Abs. 2 bis 5 unberührt.

10. Ergänzende Bestimmungen für Prüfungsaufträge

(1) Ändert der Auftraggeber nachträglich den durch den Wirtschaftsprüfer geprüften und mit einem Bestätigungsvermerk versehenen Abschluss oder Lagebericht, darf er diesen Bestätigungsvermerk nicht weiterverwenden.

Hat der Wirtschaftsprüfer einen Bestätigungsvermerk nicht erteilt, so ist ein Hinweis auf die durch den Wirtschaftsprüfer durchgeführte Prüfung im Lagebericht oder an anderer für die Öffentlichkeit bestimmter Stelle nur mit in gesetzlicher Schriftform erteilter Einwilligung des Wirtschaftsprüfers und mit dem von ihm genehmigten Wortlaut zulässig.

(2) Widerruft der Wirtschaftsprüfer den Bestätigungsvermerk, so darf der Bestätigungsvermerk nicht weiterverwendet werden. Hat der Auftraggeber den Bestätigungsvermerk bereits verwendet, so hat er auf Verlangen des Wirtschaftsprüfers den Widerruf bekanntzugeben.

(3) Der Auftraggeber hat Anspruch auf fünf Berichtsausfertigungen. Weitere Ausfertigungen werden besonders in Rechnung gestellt.

11. Ergänzende Bestimmungen für Hilfeleistung in Steuersachen

(1) Der Wirtschaftsprüfer ist berechtigt, sowohl bei der Beratung in steuerlichen Einzelfragen als auch im Falle der Dauerberatung die vom Auftraggeber genannten Tatsachen, insbesondere Zahlenangaben, als richtig und vollständig zugrunde zu legen; dies gilt auch für Buchführungsaufträge. Er hat jedoch den Auftraggeber auf von ihm festgestellte wesentliche Unrichtigkeiten hinzuweisen.

(2) Der Steuerberatungsauftrag umfasst nicht die zur Wahrung von Fristen erforderlichen Handlungen, es sei denn, dass der Wirtschaftsprüfer hierzu ausdrücklich den Auftrag übernommen hat. In diesem Fall hat der Auftraggeber dem Wirtschaftsprüfer alle für die Wahrung von Fristen wesentlichen Unterlagen, insbesondere Steuerbescheide, so rechtzeitig vorzulegen, dass dem Wirtschaftsprüfer eine angemessene Bearbeitungszeit zur Verfügung steht.

(3) Mangels einer anderweitigen Vereinbarung in Textform umfasst die laufende Steuerberatung folgende, in die Vertragsdauer fallenden Tätigkeiten:

- Ausarbeitung und elektronische Übermittlung der Jahressteuererklärungen, einschließlich E-Bilanzen, für die Einkommensteuer, Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer, und zwar auf Grund der vom Auftraggeber vorzulegenden Jahresabschlüsse und sonstiger für die Besteuerung erforderlichen Aufstellungen und Nachweise
- Nachprüfung von Steuerbescheiden zu den unter a) genannten Steuern
- Verhandlungen mit den Finanzbehörden im Zusammenhang mit den unter a) und b) genannten Erklärungen und Bescheiden
- Mitwirkung bei Betriebsprüfungen und Auswertung der Ergebnisse von Betriebsprüfungen hinsichtlich der unter a) genannten Steuern
- Mitwirkung in Einspruchs- und Beschwerdeverfahren hinsichtlich der unter a) genannten Steuern.

Der Wirtschaftsprüfer berücksichtigt bei den vorgenannten Aufgaben die wesentliche veröffentlichte Rechtsprechung und Verwaltungsauffassung.

(4) Erhält der Wirtschaftsprüfer für die laufende Steuerberatung ein Pauschalhonorar, so sind mangels anderweitiger Vereinbarungen in Textform die unter Abs. 3 Buchst. d) und e) genannten Tätigkeiten gesondert zu honorieren.

(5) Sofern der Wirtschaftsprüfer auch Steuerberater ist und die Steuerberatervergütungsverordnung für die Bemessung der Vergütung anzuwenden ist, kann eine höhere oder niedrigere als die gesetzliche Vergütung in Textform vereinbart werden.

(6) Die Bearbeitung besonderer Einzelfragen der Einkommensteuer, Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer und Einheitsbewertung sowie aller Fragen der Umsatzsteuer, Lohnsteuer, sonstigen Steuern und Abgaben erfolgt auf Grund eines besonderen Auftrags. Dies gilt auch für

- die Bearbeitung einmalig anfallender Steuerangelegenheiten, z.B. auf dem Gebiet der Erbschaftsteuer und Grunderwerbsteuer,
- die Mitwirkung und Vertretung in Verfahren vor den Gerichten der Finanz- und der Verwaltungsgerichtsbarkeit sowie in Steuerstrafsachen,
- die beratende und gutachtliche Tätigkeit im Zusammenhang mit Umwandlungen, Kapitalerhöhung und -herabsetzung, Sanierung, Eintritt und Ausscheiden eines Gesellschafters, Betriebsveräußerung, Liquidation und dergleichen und
- die Unterstützung bei der Erfüllung von Anzeige- und Dokumentationspflichten.

(7) Soweit auch die Ausarbeitung der Umsatzsteuerjahreserklärung als zusätzliche Tätigkeit übernommen wird, gehört dazu nicht die Überprüfung etwaiger besonderer buchmäßiger Voraussetzungen sowie die Frage, ob alle in Betracht kommenden umsatzsteuerrechtlichen Vergünstigungen wahrgenommen worden sind. Eine Gewähr für die vollständige Erfassung der Unterlagen zur Geltendmachung des Vorsteuerabzugs wird nicht übernommen.

12. Elektronische Kommunikation

Die Kommunikation zwischen dem Wirtschaftsprüfer und dem Auftraggeber kann auch per E-Mail erfolgen. Soweit der Auftraggeber eine Kommunikation per E-Mail nicht wünscht oder besondere Sicherheitsanforderungen stellt, wie etwa die Verschlüsselung von E-Mails, wird der Auftraggeber den Wirtschaftsprüfer entsprechend in Textform informieren.

13. Vergütung

(1) Der Wirtschaftsprüfer hat neben seiner Gebühren- oder Honorarforderung Anspruch auf Erstattung seiner Auslagen; die Umsatzsteuer wird zusätzlich berechnet. Er kann angemessene Vorschüsse auf Vergütung und Auslagenersatz verlangen und die Auslieferung seiner Leistung von der vollen Befriedigung seiner Ansprüche abhängig machen. Mehrere Auftraggeber haften als Gesamtschuldner.

(2) Ist der Auftraggeber kein Verbraucher, so ist eine Aufrechnung gegen Forderungen des Wirtschaftsprüfers auf Vergütung und Auslagenersatz nur mit unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellten Forderungen zulässig.

14. Streitschlichtungen

Der Wirtschaftsprüfer ist nicht bereit, an Streitbeilegungsverfahren vor einer Verbraucherschlichtungsstelle im Sinne des § 2 des Verbraucherstreitbeilegungsgesetzes teilzunehmen.

15. Anzuwendendes Recht

Für den Auftrag, seine Durchführung und die sich hieraus ergebenden Ansprüche gilt nur deutsches Recht.

DONAT WP GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Chemnitzer Straße 48a · 01187 Dresden

Telefon: +49 351 88 88 67 0
Fax: +49 351 88 88 67 67

e-mail: info@donat-wp.de
Internet: www.donat-wp.de